

## ***Voranschlag 2013***

***Sperrfrist bis 20.09.2012, 09:30 Uhr***

Botschaft und Entwurf des Regierungsrates  
an den Kantonsrat von Solothurn  
vom 11. September 2012, RRB Nr. 2012/1858

### **Zuständiges Departement**

Finanzdepartement

### **Vorberatende Kommissionen**

Sachkommissionen  
Finanzkommission

## Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung .....	3
1. Übersicht.....	7
1.1 Die wichtigsten Rahmenbedingungen.....	7
1.2 Zum Budgetierungsprozess.....	9
1.3 Die Eckdaten zum Voranschlag 2013 im Vergleich zum Voranschlag 2012 .....	10
1.3.1 Übersicht.....	10
1.3.2 Die grössten Abweichungen zwischen Voranschlag 2012 und Voranschlag 2013 .....	11
1.3.3 Die grössten Abweichungen zwischen Rechnung 2011 und Voranschlag 2013 .....	12
1.4 Die Entwicklung der kantonalen Finanzlage.....	13
1.4.1 Entwicklung der Finanzkennzahlen 2009 - 2013.....	13
1.4.2 Entwicklung der wichtigsten Finanzkennzahlen 2009 – 2013.....	15
2. Globalbudgets.....	18
2.1 Qualitätssicherung bei den mehrjährigen Globalbudgetvorlagen .....	19
2.2 Übersicht der Globalbudgetsaldi .....	20
3. Entwicklung in den einzelnen Departementen.....	22
3.1 Erfolgsrechnung.....	22
3.2 Investitionsrechnung .....	25
3.3 Bruttoentnahmen aus Spezialfinanzierungen.....	27
4. Die grössten Aufwandpositionen .....	28
4.1 Die Entwicklung des Besoldungsaufwandes 2012 – 2013.....	28
4.1.1 Pensenübersicht .....	29
4.2 Nettoaufwendungen für einzelne Schultypen .....	31
4.3 Zinsendienst .....	32
4.4 Abschreibungen .....	32
4.4.1 Ordentliche Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen .....	32
4.4.2 Abschreibungen auf dem Finanzvermögen.....	33
4.5 Spezialfinanzierung Strassenbaufonds .....	34
4.6 Gesundheitskosten.....	35
4.7 Soziale Sicherheit.....	35
5. Die grössten Ertragspositionen .....	38
5.1 Bundesanteile.....	38
5.2 Staatssteuerertrag.....	39
5.3 Nebensteuern .....	40
6. Antrag.....	40
7. Beschlussesentwurf .....	41

## Kurzfassung

Die strukturelle Verschlechterung der Finanzlage, welche sich bereits im Planjahr 2012 abzeichnete, findet im Planjahr 2013 ihre Fortsetzung. Das operative Defizit beträgt 134,0 Mio. Fr. und der Finanzierungsfehlbetrag 204,2 Mio. Fr.. Die Investitionen können nicht mehr aus den erarbeiteten Mitteln (Cash flow), sondern müssen über eine Neuverschuldung finanziert werden. Wie voraussichtlich 2012 droht nun auch die Rechnung 2013 mit einem Cash drain abzuschliessen, was bedeutet, dass die laufenden Ausgaben nicht aus den laufenden Erträgen finanziert werden können.

Das Defizit ist überwiegend durch exogene Faktoren (Neue Spitalfinanzierung ab 1.1.2012), teilweise auch durch beschlossene Mehrausgaben in den Bereichen Bildung und Soziales (Pflegekostenfinanzierung ab 1.1.2012) begründet. Zudem muss mit sinkenden Steuereinnahmen bei den natürlichen und juristischen Personen gerechnet werden.

Mit dem Voranschlag 2013 werden folgende zentrale Finanzkennzahlen ausgewiesen:

<b>Finanzkennzahl</b>	<b>Betrag</b>
Erfolgsrechnung	
Cash Loss (Bruttoaufwandüberschuss)	- 66,8 Mio. Fr.
- Abschreibungen auf Investitionen	67,2 Mio. Fr.
<b>= Ergebnis der Erfolgsrechnung (Nettoaufwandüberschuss)</b>	<b>- 134,0 Mio. Fr.</b>
Investitionsrechnung	
Ausgaben	200,3 Mio. Fr.
- Einnahmen	62,9 Mio. Fr.
<b>= Nettoinvestitionen</b>	<b>137,4 Mio. Fr.</b>
Finanzierung	
Cash Loss (Bruttoaufwandüberschuss)	- 66,8 Mio. Fr.
- Nettoinvestitionen	137,4 Mio. Fr.
<b>= Finanzierungsergebnis (Finanzierungsfehlbetrag)</b>	<b>- 204,2 Mio. Fr.</b>
Selbstfinanzierungsgrad (= Cash Flow in % der Nettoinvestitionen)	- 49%

### - Harmonisiertes Rechnungsmodell 2 (HRM2)

Seit dem 1.1.2012 wird das neue „Harmonisierte Rechnungslegungsmodell 2 für Kantone und Gemeinden (HRM2)“ für den Voranschlag des Kantons angewendet.

Die Neubewertungen der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sind erfolgt. Da die Bilanzbereinigung jedoch noch nicht durch die Kantonale Finanzkontrolle vollständig revidiert worden ist, können wir die Veränderungen des Eigenkapitals im vorliegenden Voranschlag 2013 noch nicht aufführen. Aus heutiger Sicht wird die Aufwertung des Gesamtvermögens (insbesondere Liegenschaften und Alpiq-Aktien) den Kantonsanteil an der Deckungslücke der Pensionskasse nur unwesentlich übersteigen. Die Aufwertung der Strassen wird im Strassenbaufonds (Spezialfinanzierung) bilanziert. Die definitiven Zahlen werden dem Kantonsrat mit dem HRM2-Bilanzanpassungsbericht zusammen mit dem Geschäftsbericht 2012 vorgelegt.

Die veränderte Abschreibungspraxis (lineare Abschreibungen nach betriebswirtschaftlicher Lebensdauer) führt in den Jahren 2012 und 2013 zu tieferen Abschreibungen gegenüber den Vorjahren (HRM1 bis Ende 2011). Die geringeren Abschreibungen entstehen vor allem dadurch, dass die spezialfinanzierten Investitionen im Strassenbau unter HRM2 nicht mehr sofort zu 100% abgeschrieben werden.

### - Lohnanpassung

Auch in diesem Jahr haben die Vertragsparteien, gestützt auf Artikel 17 des Gesamtarbeitsvertrages (GAV), über die Lohnentwicklung beraten. Die Verhandlungsführung obliegt gemäss Artikel 10 Buchstabe h) GAV, der Gesamtarbeitsvertragskommission (GAVKO).

Da zurzeit noch keine Einigung zwischen den Verhandlungspartnern erzielt worden ist, verzichtet der Regierungsrat darauf, eine Lohnerhöhung in den Voranschlag 2013 aufzunehmen.

### - Vergleich mit dem Voranschlag 2012

Mit einem **Aufwandüberschuss in der Erfolgsrechnung** von 134,0 Mio. Fr. muss im Voranschlag wie im Vorjahr ein negatives Ergebnis ausgewiesen werden (Voranschlag 2012: 110,6 Mio. Fr.). Der voraussichtliche Aufwandüberschuss wird zu einer Abnahme des Eigenkapitals führen.

Die **Nettoinvestitionen** sind leicht höher als im Vorjahr. Im Voranschlag 2012 belaufen sich diese auf 128,6 Mio. Fr., im vorliegenden Budget 2013 auf 137,4 Mio. Fr.. Dies entspricht einer Zunahme von 8,8 Mio. Fr.

Wie im Vorjahr muss im Voranschlag 2013 wiederum ein negativer Cash Flow (= Cash Loss) von – 66,8 Mio. Fr. ausgewiesen werden. Der **Cash Loss** (Bruttoaufwandüberschuss) fällt um 19,5 Mio. Fr. schlechter aus als im Vorjahr (2012: Cash Loss von 47,4 Mio. Fr.). Ein Cash Loss bedeutet, dass die laufenden Ausgaben nicht aus den laufenden Erträgen finanziert werden können.

Der **Selbstfinanzierungsgrad** reduziert sich von -37% im Vorjahr auf -49%. Ein negativer Selbstfinanzierungsgrad bedeutet eine Zunahme der Nettoverschuldung. Mit einem Selbstfinanzierungsgrad von - 49% ist im Jahr 2013 mit einer weiteren Erhöhung der Nettoverschuldung zu rechnen.

### - Vorgaben der Finanzkommission

An ihrer Sitzung vom 23. Mai 2012 hat die Finanzkommission über die Vorgaben zum Budget 2013 diskutiert. Die Kommission hat zur Kenntnis genommen, dass der Integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) im 2013 ein Defizit von 118,7 Mio. Fr. ausweist. Mit Blick auf den Massnahmenplan, der für das Jahr 2013 eine Ergebnisverbesserung von rund 52,1 Mio. Fr. vorsieht, hat die Kommission festgehalten, dass sie den im IAFP ausgewiesenen Aufwandüberschuss nicht akzeptieren wird. Die Finanzkommission erwartet eine deutliche Verbesserung des Ergebnisses für den Voranschlag 2013.

Aufgrund dieser Ausgangslage hat der Regierungsrat versucht, entsprechende Verbesserungen des Richtbudgets zu erreichen. Es gelang zwar, mit Korrekturen bei den Departementen und durch Mehrerträge bei den Finanzgrössen – insbesondere dem NFA – gesamthaft das Richtbudget von 118,7 Mio. Fr. um über 30 Mio. Fr. zu verbessern. Leider machten die Einnahmefälle bei den Staatssteuern gegenüber dem Richtbudget von 50 Mio. Fr. alle Anstrengungen zu nichts. Bereits im laufenden Jahr zeigen sich merkliche Rückgänge bei den Steuererträgen (siehe Kapitel 5.2 Staatssteuerertrag). Im kommenden Jahr wird sich dieser Trend leider fortsetzen.

### **- Entwicklung der Finanzlage**

Zwar konnten die Mindererträge bei den Staatssteuern und Vermögenserträgen (- 58,2 Mio. Fr.) gegenüber dem Vorjahresbudget durch Mehrerträge bei den Bundesanteilen (+ 54,1 Mio. Fr.) grösstenteils kompensiert werden.

Hingegen führen zusätzliche Aufwandsteigerungen im 2013 in den Bereichen

- Ergänzungsleistungen AHV/IV (+ 8,6 Mio. Fr.)
- Öffentlicher Verkehr (+ 6,0 Mio. Fr.)
- Globalbudget soziale Sicherheit (Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde, + 5,4 Mio. Fr.)
- Schulgelder (+ 4,2 Mio. Fr.)

zu einer weiteren Verschlechterung der Finanzlage.

Wie seit Jahren aufgrund der Trends in den Integrierten Aufgaben- und Finanzplänen (IAFP) der Vorjahre befürchtet, hat sich die Finanzlage seit dem Ende des Jahres 2011 tatsächlich drastisch verschlechtert. Steigende Kosten in den Bereichen Gesundheit (Neue Spitalfinanzierung und Pflegekostenfinanzierung ab 1.1.2012), Soziales (Ergänzungsleistungen AHV/IV, Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde), Bildung und öffentlicher Verkehr sowie sinkende Erträge bei den Staatssteuern, Bundesanteilen, Vermögenserträgen und Mieterträgen führen zu einer Verschlechterung des Voranschlags 2013 gegenüber der Rechnung 2011 von 150 Mio. Franken.

### **- Massnahmenplan 2013**

Der Regierungsrat hat am 8. Mai 2012 (RRB Nr. 2012/933) einen Massnahmenplan 2013 zur Erreichung eines mittelfristig ausgeglichenen Staatshaushaltes zuhanden des Kantonsrates beschlossen. Das vorgeschlagene Paket umfasst für den Zeitraum ab 2013 Massnahmen von gesamthaft 52 bis 100 Mio. Fr., davon auf der Aufwandseite Einsparungen zwischen 21 und 55 Mio. Fr. und auf der Ertragsseite Mehreinnahmen von 31 bis 45 Mio. Fr..

Im vorliegenden Voranschlag 2013 ist die im Massnahmenplan für das Jahr 2013 vorgesehene Ergebnisverbesserung der Erfolgsrechnung von rund 52,1 Mio. Fr. nicht berücksichtigt. Zur Zeit finden die Beratungen im Kantonsrat statt. Allfällige Verbesserungen würden mit den Budgetnachträgen im Herbst 2012 in den Voranschlag 2013 aufgenommen.



## 1. Übersicht

### 1.1 Die wichtigsten Rahmenbedingungen

Formell richtet sich der Voranschlag 2013 nach dem Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G; BGS 115.1).

Materiell sind die folgenden Grundlagen und Aufträge von Bedeutung:

#### **Vorgaben der Finanzkommission vom 23. Mai 2012**

An ihrer Sitzung vom 23. Mai 2012 hat die Finanzkommission über die Vorgaben zum Budget 2013 diskutiert. Die Kommission hat zur Kenntnis genommen, dass der Integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) im 2013 ein Defizit von 118,7 Mio. Franken ausweist. Mit Blick auf den Massnahmenplan, der für das Jahr 2013 eine Ergebnisverbesserung von rund 52,1 Mio. Franken vorsieht, hat die Kommission festgehalten, dass sie den im IAFP ausgewiesenen Aufwandüberschuss nicht akzeptieren wird. Die Finanzkommission erwartet eine deutliche Verbesserung des Ergebnisses für den Voranschlag 2013.

Aufgrund dieser Ausgangslage hat der Regierungsrat versucht, entsprechende Verbesserungen des Richtbudgets zu erreichen. Es gelang zwar, mit Korrekturen bei den Departementen und durch Mehrerträge bei den Finanzgrössen – insbesondere dem NFA – gesamthaft das Richtbudget von 118,7 Mio. Fr. um über 30 Mio. Fr. zu verbessern. Leider machten die Einnahmefälle bei den Staatssteuern gegenüber dem Richtbudget von 50 Mio. Fr. alle Anstrengungen zunichte. Bereits im laufenden Jahr zeigen sich merkbare Rückgänge bei den Steuererträgen (siehe Kapitel 5.2 Staatssteuerertrag). Im kommenden Jahr wird sich dieser Trend leider fortsetzen.

#### **Grundstückgewinnsteuer**

Aus dem Ertrag der 2013 eingehenden Grundstückgewinnsteuern legen der Kanton und die Gesamtheit der Einwohnergemeinden je 20% in die Spezialfinanzierung „Natur- und Heimatschutz“ ein (je 1,2 Mio. Fr.), was dem gleichen Betrag des Vorjahres entspricht.

#### **Allgemeiner Treibstoffzollanteil, Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) und Globalbeitrag Hauptstrassen**

Der allgemeine Treibstoffzollanteil von rund 11,6 Mio. Fr., die Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) von rund 12,5 Mio. Fr. sowie der Globalbeitrag Hauptstrassen von 1,0 Mio. Fr. soll vollumfänglich dem Strassenbaufonds zugewiesen werden.

#### **Harmonisiertes Rechnungsmodell 2 (HRM2)**

Der Kanton Solothurn führte auf den 1. Januar 1982 das von der Finanzdirektorenkonferenz im 1981 beschlossene Harmonisierte Rechnungsmodell der öffentlichen Haushalte ein. Letztmals per 31. Dezember 2004 wurde eine Bilanzbereinigung vorgenommen. Mit der Einführung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WoV) per 1. Januar 2005 wurde erneut ein wichtiger Fortschritt realisiert.

Am 25. Januar 2008 hat die Finanzdirektorenkonferenz das Harmonisierte Rechnungsmodell 2 (HRM2) verabschiedet. Es wird mit einer Frist von 10 Jahren für die öffentlichen Verwaltungen zur Einführung empfohlen. Mit RBB Nr. 944 vom 26. Mai 2009 wurde beschlossen, das neue Rechnungsmodell HRM2 im Kanton Solothurn auf den 1. Januar 2012 einzuführen.

Die wichtigsten Neuerungen sind folgende:

#### Bilanzstruktur

Es wird ein neuer Kontenplan eingeführt mit siebenstelligen Konten.

#### Bewertung Finanzvermögen

Positionen mit einem stark schwankenden Marktwert sollen jährlich neu bewertet werden. Beim Übergang auf HRM2 wird das bestehende Finanzvermögen auf Basis der Verkehrswerte neu bewertet.

#### Bewertung Verwaltungsvermögen

Um in der Bilanz aktuelle Werte ausweisen zu können, wird eine Neubewertung der bestehenden Anlagegüter des Verwaltungsvermögens vorgenommen.

#### Anlagenbuchhaltung

Die Anlagenbuchhaltung wird eingeführt. Damit können die Vermögenswerte des Verwaltungsvermögens einzeln erfasst und über die Nutzungsdauer abgeschrieben werden. Zur Unterscheidung der verschiedenen Anlagenarten werden sogenannte Anlagenklassen gebildet. Diese ermöglichen eine unterschiedliche Parametrierung der Anlagen (z.B. Steuerung der Nutzungsdauer und somit der monatlichen Abschreibungsbelastung). Über die Anlageklasse werden alle Verbuchungsvorgänge gesteuert. Zudem werden sie in der Bilanz anstelle der einzelnen Vermögenswerte ausgewiesen.

#### Abschreibungen über die Nutzungsdauer

Die Abschreibung ist die systematische Verteilung des Abschreibungsvolumens eines Vermögenswertes über dessen Nutzungsdauer. Die Abschreibungsmethode hat deshalb dem erwarteten Verlauf des Verbrauchs des künftigen wirtschaftlichen Nutzens des Vermögenswertes zu entsprechen. Gemäss Regierungsratsbeschluss Nr. 944 vom 26. Mai 2009 soll die Abschreibung der Anlagen im Verwaltungsvermögen linear auf der Basis der Nutzungsdauer nach Anlagekategorien (Anlagenklassen) erfolgen. Dies gilt auch für Anlagen der Spezialfinanzierungen. Dies hat zur Folge, dass auf der Aktivseite neu auch z.B. die Strassen bilanziert werden müssen. Die Investitionsbeiträge werden weiterhin über die Investitionsrechnung aktiviert und zu 100% abgeschrieben. Zusätzliche Abschreibungen werden nicht zugelassen.

#### Unterdeckung der Pensionskasse

Das Pensionskassengesetz geht im Herbst 2012 in die Vernehmlassung und enthält einen Sanierungsplan. Der Kantonsanteil an der Deckungslücke wird passiviert.

#### Berichterstattung

Die Jahresrechnung enthält Bilanz, Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung, Geldflussrechnung, Eigenkapitalnachweis und einen Anhang. Der Anhang wird mit der Einführung von HRM2 ergänzt um die Deklaration der Rechnungslegungsgrundsätze, den Rückstellungs-, Beteiligungs- und Anlagenspiegel und weiteren wichtigen Angaben für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

#### **Lohnerhöhung**

Am 1. Januar 2005 ist der Gesamtarbeitsvertrag (GAV) vom 25. Oktober 2004 für das gesamte Staatspersonal – also für das voll- und teilzeitlich beschäftigte Personal der kantonalen Verwaltung, der Gerichte, der kantonalen Schulen, der kantonalen Anstalten, des kantonalen Polizeikorps, der Spitäler, der Zentralbibliothek sowie für die Lehrpersonen der Volksschule und der kommunalen Kindergärten (ohne Musikschullehrpersonen) - in Kraft getreten.

Nach Artikel 17 GAV führen die Vertragsparteien jährlich Verhandlungen über Lohnanpassungen (Teuerungszulage auf dem Lohn und auf den Lohnnebenleistungen sowie Reallohnentwicklung). Die jährlichen Verhandlungen über die Lohnentwicklung gehören nach Art. 10 Buchstabe

h GAV zu den Aufgaben der Gesamtarbeitsvertragskommission (GAVKO), die aus je sieben Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite besteht.

Seit Inkrafttreten des Gesamtarbeitsvertrages gilt als Berechnungsgrundlage für die Lohnverhandlungen die mittlere Jahreststeuerung. Diese Berechnungsart gleicht die Zufälligkeit der Jahresteuersentwicklung einer einzigen Jahresperiode aus. Die mittlere Jahreststeuerung vom Juni 2011 bis Mai 2012 betrug rund -0,7% (Minusteuerung).

Beim Abschluss des Budgetprozesses 2013 liegt noch keine Einigung zwischen den Verhandlungspartnern vor. Der Regierungsrat schlägt deshalb vor, keine Lohnerhöhung in den Voranschlag 2013 aufzunehmen.

### **Massnahmenplan 2013**

Der Regierungsrat hat am 8. Mai 2012 (RRB Nr. 2012/933) einen Massnahmenplan 2013 zur Erreichung eines mittelfristig ausgeglichenen Staatshaushaltes zuhanden des Kantonsrates beschlossen. Das vorgeschlagene Paket umfasst für den Zeitraum ab 2013 Massnahmen von gesamthaft 52 bis 100 Mio. Fr., davon auf der Aufwandseite Einsparungen zwischen 21 und 55 Mio. Fr. und auf der Ertragsseite Mehreinnahmen von 31 bis 45 Mio. Fr..

Am 15. August 2012 stellte die Finanzkommission den Antrag, die 41 in der Kompetenz des Regierungsrates liegenden Massnahmen des Massnahmenplanes 2013 umgehend umzusetzen (2012: 12,1 Mio. Fr.). Gleichzeitig wird das Massnahmenpaket, soweit die Massnahmen nicht vom Kantonsrat genehmigt werden, zur Überarbeitung zurückgewiesen, mit dem Auftrag, ein erweitertes Massnahmenpaket vorzulegen.

Am 21. August 2012 lehnte der Regierungsrat den Änderungsantrag der Finanzkommission vom 15. August 2012 ab (RRB 2012/1721) und hielt am Beschlussesentwurf gemäss RRB 2012/993 fest.

Im vorliegenden Voranschlag 2013 ist die im Massnahmenplan für das Jahr 2013 vorgesehene Ergebnisverbesserung der Erfolgsrechnung von rund 52,1 Mio. Fr. nicht berücksichtigt. Zur Zeit finden die Beratungen im Kantonsrat statt. Allfällige Verbesserungen würden mit den Budgetnachträgen im Herbst 2012 in den Voranschlag 2013 aufgenommen.

#### **1.2 Zum Budgetierungsprozess**

Die Vorgaben der Finanzkommission vom 23. Mai 2012 dienten als Basis für die Eröffnung des Budgetprozesses Ende Mai 2012. Die Finanzprognosen 2013 des Integrierten Aufgaben- und Finanzplanes IAFP 2013 – 2016 dienten als „Richtbudget“ (Defizit von 118,7 Mio. Fr.). Auf dieser Grundlage startete der Budgetprozess am 5. Juni 2012.

Mit Schreiben vom 3. Juli 2012 informierte der Regierungsrat die Finanzkommission über den Stand der Budgetierung. Es war zwar gelungen, mit Korrekturen bei den Departementen und durch Mehrerträge bei den Finanzgrössen – insbesondere dem NFA – gesamthaft das Richtbudget des IAFP von 118,7 Mio. Fr. um über 30 Mio. Fr. zu verbessern. Leider musste aber zur Kenntnis genommen werden, dass gegenüber dem Richtbudget mit Einnahmefällen bei den Staatssteuern von 50 Mio. Fr. gerechnet werden muss. Bereits im laufenden Jahr zeigen sich merkliche Rückgänge bei den Steuererträgen (siehe Kapitel 5.2 Staatssteuerertrag). Im kommenden Jahr wird sich dieser Trend leider fortsetzen.

## 1.3 Die Eckdaten zum Voranschlag 2013 im Vergleich zum Voranschlag 2012

## 1.3.1 Übersicht

<b>Kennzahlen (Beträge in Mio. Fr.)</b>	<b>VA12</b>	<b>VA13</b>	<b>Differenz</b>
<u>Erfolgsrechnung:</u>			
Ertrag	1'836,2	1'851,5	15,3
- Aufwand ohne Abschreibungen	- 1'883,5	- 1'918,3	- 34,8
<b>= Bruttoergebnis (Cash Flow/Loss)</b>	<b>- 47,3</b>	<b>- 66,8</b>	<b>- 19,5</b>
<b>- Abschreibungen</b>	<b>- 63,2</b>	<b>- 67,2</b>	<b>- 4,0</b>
<b>= Operatives Ergebnis</b>	<b>- 110,6</b>	<b>- 134,0</b>	<b>- 23,4</b>
<u>Investitionsrechnung:</u>			
Ausgaben	188,3	200,3	12,0
- Einnahmen	- 59,7	- 62,9	- 3,2
<b>= Nettoinvestitionen</b>	<b>128,6</b>	<b>137,4</b>	<b>8,8</b>
<u>Finanzierung:</u>			
Bruttoertragsüberschuss (Cash Flow/Loss)	- 47,3	- 66,8	- 19,5
- Nettoinvestitionen	- 128,6	- 137,4	- 8,8
<b>= Operatives Finanzierungsergebnis</b>	<b>- 176,0</b>	<b>- 204,2</b>	<b>- 28,2</b>
<b>Selbstfinanzierungsgrad (Cash Flow in % der Nettoinvestitionen)</b>	<b>- 37%</b>	<b>- 49%</b>	<b>- 12%</b>

Gestützt auf die obige Tabelle kann festgehalten werden, dass der Voranschlag 2013 bezüglich der Erfolgsrechnung, der Investitionsrechnung und des Selbstfinanzierungsgrades nochmals schlechter ausfällt als der Voranschlag 2012.

- Mit einem Aufwandüberschuss von 134,0 Mio. Fr. schliesst der Voranschlag 2013 um 23,4 Mio. Fr. schlechter ab als der Voranschlag 2012. Zum zweiten Mal nacheinander wird ein hoher Aufwandüberschuss in der Erfolgsrechnung erwartet. Ein Aufwandüberschuss in der Erfolgsrechnung bedeutet, dass das Eigenkapital im Umfang des Defizites abnimmt.
- Gegenüber dem Voranschlag 2012 mit einem Cash Loss (Bruttoaufwandüberschuss) von 47,3 Mio. Fr. resultiert im Voranschlag 2013 sogar ein sog. Cash Loss in der Erfolgsrechnung von 66,8 Mio. Fr. Gegenüber dem Budget des Vorjahres ist dies eine Verschlechterung von 19,5 Mio. Fr.
- Der Cash Loss von 66,8 Mio. Fr. im Voranschlag 2013 (2012 Cash Loss von 47,3 Mio. Fr.) führt zusammen mit den um 8,8 Mio. Fr. höheren Nettoinvestitionen (Nettoinvestitionen 2012: 128,6 Mio. Fr., 2013: 137,4 Mio. Fr.) zu einer Reduktion des Selbstfinanzierungsgrades von -37% auf -49%. Somit können auch im Jahr 2013 nicht einmal alle Konsumausgaben selbstfinanziert werden, es resultiert ein Finanzierungsfehlbetrag von 204,2 Mio. Fr. (Budget 2012: 176,0 Mio. Fr.). Die Nettoverschuldung nimmt im Umfang des Finanzierungsfehlbetrages zu.

### 1.3.2 Die grössten Abweichungen zwischen Voranschlag 2012 und Voranschlag 2013

Die grössten Abweichungen (Abweichungen von mehr als 2 Mio. Fr.) zwischen Voranschlag 2012 und Voranschlag 2013 sind bei folgenden Positionen (ohne durchlaufende Beiträge und Spezialfinanzierungen) zu verzeichnen:

<b>Erfolgsrechnung</b>	<b>in Mio. Fr.</b>
<b>Mehraufwand</b> (Defiziterhöhende Abweichung)	
- Ergänzungsleistungen AHV/IV	8,6
- öffentlicher Verkehr	6,0
- GB Soziale Sicherheit (KESB)	5,4
- Schulgelder	4,2
- Inner- und ausserkantonale Behindertenheime	4,0
- Volksschule (inkl. Kindergarten)	2,5
- Kostgelder Straf- und Massnahmenvollzug	2,5
- Pflegekostenfinanzierung	2,0
<b>Total Mehraufwand</b>	<b>+ 35,2</b>
<b>Mehrertrag</b> (Defizitsenkende Abweichung)	
- Bundesanteile	54,1
- Mieterträge soH und Fachhochschule NWCH, Olten	5,1
<b>Total Mehrertrag</b>	<b>- 59,2</b>
<b>Minderertrag</b> (Defiziterhöhende Abweichung)	
- Staatssteuern	47,6
- Vermögenserträge	10,6
- Erlös aus veräussertem Grundeigentum	3,5
<b>Total Minderertrag</b>	<b>+ 61,7</b>

Obige Tabelle weist aus, dass bei den Aufwand- und Ertragsposten, welche vom Voranschlag 2012 zum Voranschlag 2013 die grössten Änderungen erfahren, die defiziterhöhenden Abweichungen die defizitsenkenden Abweichungen um 37,7 Mio. Fr. übersteigen. Unter HRM2 werden jedoch die Spezialfinanzierungen im Eigenkapital erstmals im Budget 2013 in der Erfolgsrechnung nicht mehr ausgeglichen, was zu einer einmaligen Verbesserung gegenüber dem Budget 2012 von rund 20 Mio. Fr. führt. Mit dieser Verbesserung von rund 20 Mio. Fr. und den 13 oben aufgeführten Positionen werden rund 75% der Verschlechterung von 23,4 Mio. Fr. zwischen dem Voranschlag 2012 gegenüber dem Voranschlag 2011 ausgewiesen.

<b>Investitionsrechnung</b>	<b>in Mio. Fr.</b>
<b>Tiefere Nettoinvestitionen</b>	
- Spitalbauten (inkl. Parkhaus Kantonsspital Olten)	12,2
<b>Total ergebnisverbessernde Abweichungen</b>	<b>- 12,2</b>
<b>Höhere Nettoinvestitionen</b>	
- Bildungsbauten	9,7
- öffentlicher Verkehr	4,5
- Informatik	3,3
- Hochbauten MFK	2,5
<b>Total ergebnisverschlechternde Abweichung</b>	<b>+ 20,0</b>

### 1.3.3 Die grössten Abweichungen zwischen Rechnung 2011 und Voranschlag 2013

Die grössten Abweichungen (Abweichungen von mehr als 2 Mio. Fr.) zwischen Rechnung 2011 und Voranschlag 2013 sind bei folgenden Positionen (ohne durchlaufende Beiträge und Spezialfinanzierungen) zu verzeichnen:

<b>Erfolgsrechnung</b>	<b>in Mio. Fr.</b>
<b>Mehraufwand</b> (Defiziterhöhende Abweichung)	
- Spitalkosten (Neue Spitalfinanzierung ab 1.1.2012)	28,4
- Pflegekostenfinanzierung (Kantonsanteil, brutto)	22,0
- Abschreibungen Hochbau	9,9
- öffentlicher Verkehr	8,2
- Ergänzungsleistungen AHV/IV	6,1
- GB Soziale Sicherheit (KESB)	5,4
- GB Volksschule	5,8
- Fachhochschule NWCH (Staatsbeitrag)	4,2
- Schulgelder	3,6
- Polizei	3,6
- GB öffentliche Sicherheit/Justizverwaltung	3,3
- Zinsendienst	2,2
<b>Total Mehraufwand</b>	<b>+ 103,3</b>
<b>Minderaufwand</b> (Defizitsenkende Abweichung)	
- Auflösung von GB-Reserven	4,3
- GB Wirtschaft und Arbeit inkl. Energiefachstelle	3,1
<b>Total Minderaufwand</b>	<b>- 7,4</b>
<b>Minderertrag</b> (Defiziterhöhende Abweichung)	
- Staatssteuern	16,2
- Bundesanteile	15,8
- Vermögenserträge	10,6
- Mieterträge soH und Fachhochschule NWCH, Olten	7,9
- Erlös aus veräussertem Grundeigentum	6,7
<b>Total Minderertrag</b>	<b>+ 59,2</b>
Obige Tabelle weist aus, dass bei den 19 aufgeführten Aufwand- und Ertragspositionen, welche von der Rechnung 2011 zum Voranschlag 2013 Änderungen von über 2 Mio. Fr. erfahren, die defiziterhöhenden Abweichungen die defizitsenkenden Abweichungen um 155,1 Mio. Fr. übersteigen (Differenz Rechnung 2011 / Voranschlag 2013: 153,3 Mio. Fr.).	
<b>Investitionsrechnung</b>	<b>in Mio. Fr.</b>
<b>Tiefere Nettoinvestitionen</b>	
- Kantonsstrassenbau	12,6
- Spitalbauten (inkl. Parkhaus Kantonsspital Olten)	5,1
- Informatik	2,7
<b>Total ergebnisverbessernde Abweichungen</b>	<b>- 20,4</b>
<b>Höhere Nettoinvestitionen</b>	
- Bildungsbauten	17,0
- Hochbauten MFK	2,7
- öffentlicher Verkehr	2,6
<b>Total ergebnisverschlechternde Abweichungen</b>	<b>+ 22,3</b>

## 1.4 Die Entwicklung der kantonalen Finanzlage

### 1.4.1 Entwicklung der Finanzkennzahlen 2009 - 2013

Die nachfolgenden Kennzahlen zeigen die Entwicklung der kantonalen Finanzlage anhand der Staatsrechnungen 2009, 2010 und 2011 (nach HRM1) sowie der Voranschläge 2012 und 2013 (nach HRM2).

<b>Kennzahlen</b> (in Mio. Fr. bzw. %)	<b>RE 2009</b> HRM1	<b>RE 2010</b> HRM1	<b>RE 2011</b> HRM1	<b>VA 2012</b> HRM2	<b>VA 2013</b> HRM2
Cash Flow/Loss	219,6	168,7	114,6	- 47,4	- 66,8
Abschreibungen auf Investitionen	- 76,9	- 89,2	- 95,3	- 63,2	67,2
Operatives Ergebnis Erfolgsrechnung	+ 142,7	+ 79,5	+ 19,3	- 110,6	- 134,0
a.o. Erträge/Aufwände	+ 49,2				
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	+ 191,9	+ 79,5	+ 19,3	- 110,6	- 134,0
Nettoinvestitionen	109,9	111,4	133,6	128,6	137,4
Operatives Finanzierungsergebnis	+ 109,6	+ 57,2	- 19,0	- 176,0	- 204,2
Effektives Finanzierungsergebnis	+ 158,8	+ 57,2	- 19,0	- 176,0	- 204,2
Selbstfinanzierungsgrad in %	244%	151%	86%	- 37%	- 49%
Gesamtabschreibungssatz in %	20,7%	21,6%	20,8%	5,0%	5,0%
Eigenkapital*	472,8	552,3	571,6	461,0	327,0
Nettoverschuldung*	14,6	-42,7	- 23,8	152,1	356,4
Dito, in Fr. pro Einwohner*	60	-170	- 90	590	1'370
Nettozinsaufwand bzw. -ertrag total	- 4,5	- 7,6	- 11,4	- 10,0	2,8
Dito, in % der Staatssteuern	- 0,6%	- 1,0%	- 1,5%	- 1,2%	0,4%
Einwohner per Ende Jahr (Schätzung für 2012 und 2013)	255'667	256'888	257'700	258'300	259'500

\* Zahlen im Voranschlag 2012 sind aufgrund der Rechnungsergebnisse 2011 nach HRM1 aktualisiert.

### **Auswirkungen von HRM2 im Voranschlag 2013**

Der Voranschlag 2013 wird zum zweiten Mal nach den neuen Rechnungslegungsgrundsätzen HRM2 erstellt. Die Neubewertungen der Sachgüter und Verbindlichkeiten ist erfolgt. Die Überprüfung der Zahlen durch die Kantonale Finanzkontrolle steht kurz vor dem Abschluss. Die definitiven Zahlen werden dem Kantonsrat mit dem HRM2-Bilanzanpassungsbericht zusammen mit dem Geschäftsbericht 2012 vorgelegt. Deshalb können zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Neu- oder Aufwertungsreserven aufgeführt werden.

Gegenüber der alten Darstellung nach HRM1 ergeben sich im HRM2 folgende Abweichungen:

#### Abschreibungen

Die Abschreibungen nach HRM1 betragen bisher 10% auf dem abzuschreibenden Verwaltungsvermögen, jene von Spezialfinanzierungen 100%. Da die Abschreibung dem erwarteten Verlauf des Verbrauchs des künftigen wirtschaftlichen Nutzens des Vermögenswertes entsprechen soll, werden die Anlagen im Verwaltungsvermögen nach HRM2 neu linear auf der Basis der Nutzungsdauer abgeschrieben.

#### Eigenkapital

Die Neubewertung des Verwaltungsvermögens (HRM2) erfolgt auf den Stichtag 1.1.2012. Aufwertungen sind vor allem im Hochbau, Strassenbau (Spezialfinanzierung Strassenbaufonds) und Finanzvermögen zu erwarten. Gleichzeitig erfolgen auch Korrekturen auf der Passivseite (Deckungslücke Pensionskasse).

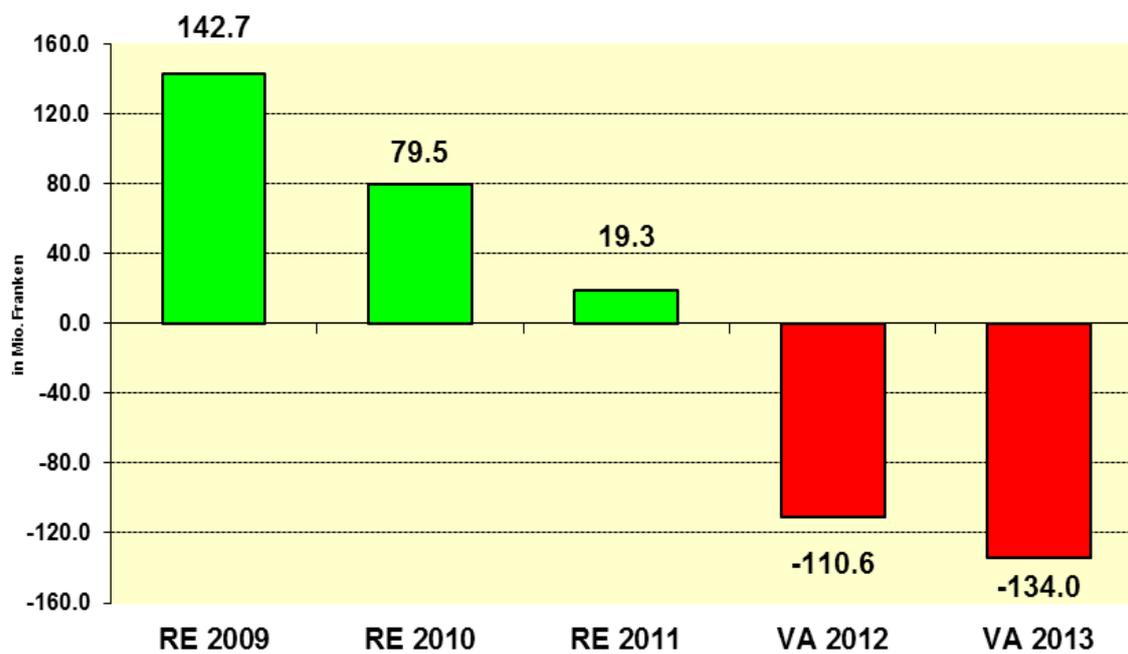
#### Nettoverschuldung

Die Nettoverschuldung wird aufgrund der Umbewertung (Passivierung der Deckungslücke der Pensionskasse) zunehmen und ist mit den früheren Kennzahlen nicht vergleichbar.

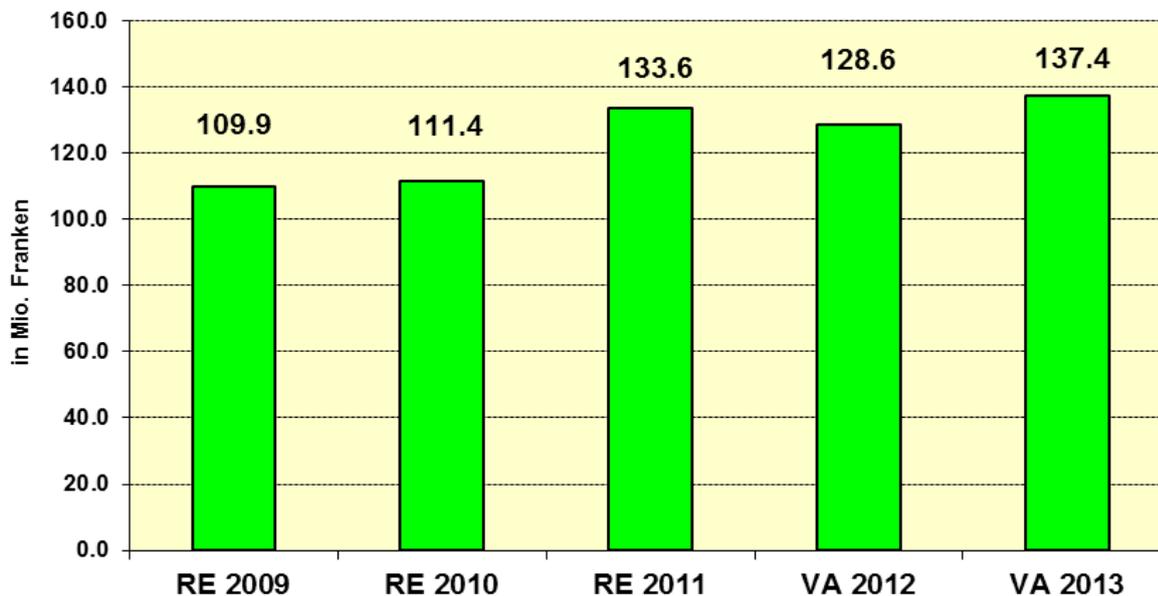
#### 1.4.2 Entwicklung der wichtigsten Finanzkennzahlen 2009 – 2013

Nachfolgend grafische Darstellungen über die Entwicklung der wesentlichsten Finanzkennzahlen von 2009 bis 2013.

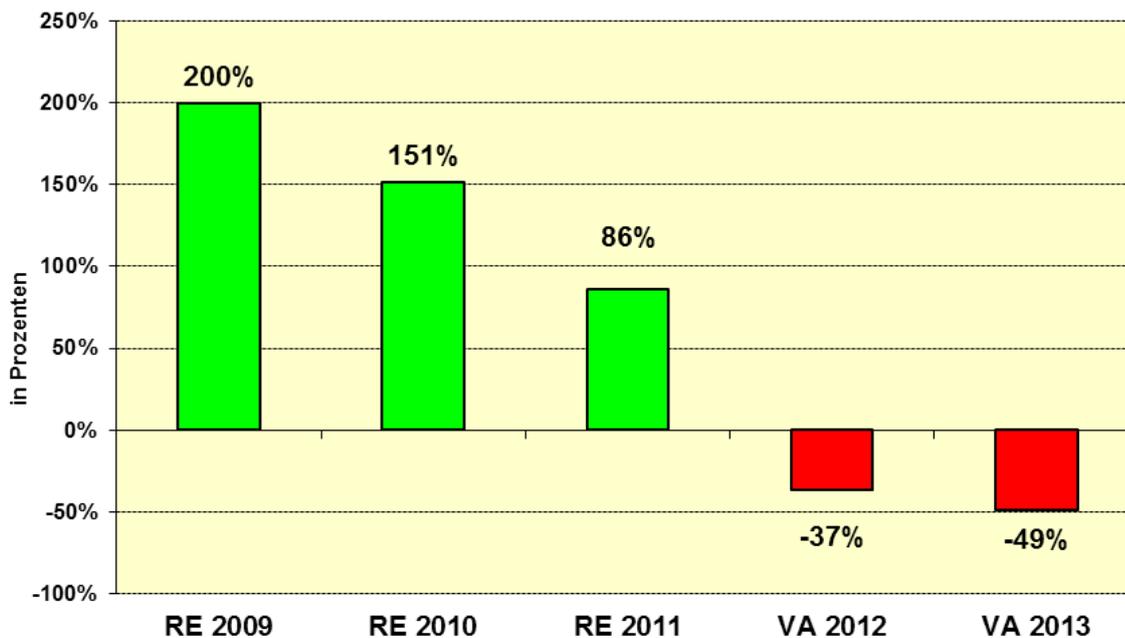
##### Operatives Ergebnis (Ertragsüberschuss) (in Mio. Franken)



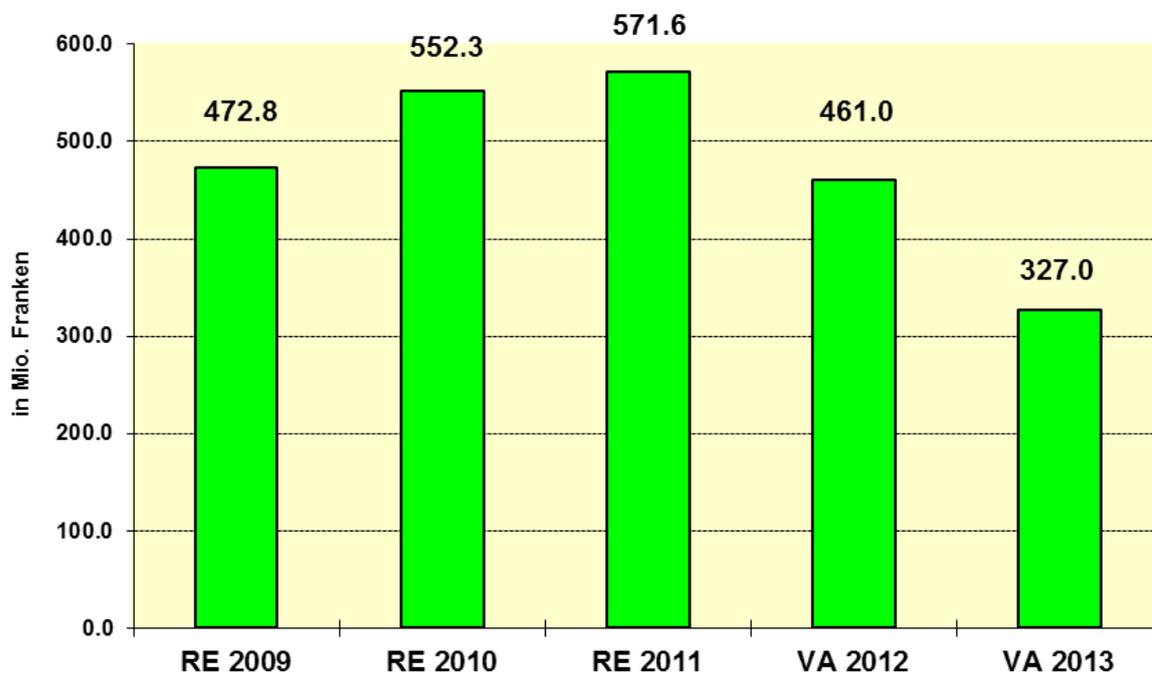
### Nettoinvestitionen (in Mio. Franken)



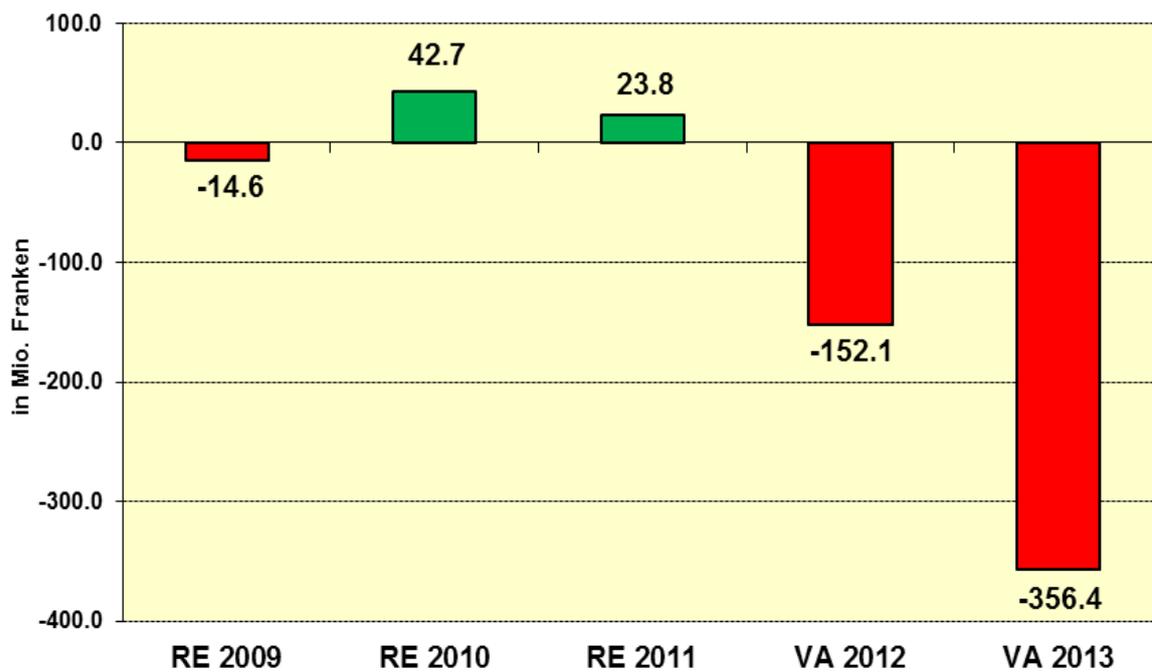
### Operativer Selbstfinanzierungsgrad in %



### Eigenkapital (Fortführung nach HRM1) (in Mio. Franken)



### Nettoverschuldung (Fortführung nach HRM1) (in Mio. Franken)



## 2. Globalbudgets

Im Voranschlag 2013 sind Globalbudgets für folgende Aufgaben enthalten:

Mit \* gezeichnete Globalbudgets werden im 2013 eine neue GB-Periode beginnen und dem Kantonsrat gleichzeitig mit dem Voranschlag 2013 zum Beschluss vorgelegt.

<b>Globalbudget (aufgabenbezogen)</b>	<b>Leistungserbringende Dienststelle/n</b>
Behörden	Behörden
- Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat*	- Parlamentsdienste
Staatskanzlei	Staatskanzlei
- Dienstleistungen der Staatskanzlei*	- Staatskanzlei
- Drucksachen und Lehrmittel	- Drucksachenverwaltung/Lehrmittelverlag
Bau- und Justizdepartement	Bau- und Justizdepartement
- Führungsunterstützung BJD*	- Departementssekretariat BJD
- Raumplanung	- Amt für Raumplanung
- Hochbau	- Hochbauamt
- Strassenbau	- Amt für Verkehr und Tiefbau
- Öffentlicher Verkehr	- Amt für Verkehr und Tiefbau
- Umwelt	- Amt für Umwelt
- Denkmalpflege und Archäologie	- Amt für Denkmalpflege und Archäologie
- Geoinformationen*	- Amt für Geoinformation
- Jugendanwaltschaft	- Jugendanwaltschaft
- Staatsanwaltschaft*	- Staatsanwaltschaft
Departement für Bildung und Kultur	Departement für Bildung und Kultur
- Führungsunterstützung DBK	- Departementssekretariat DBK
- Volksschulen*	- Volksschulamt
- Berufsbildung, Mittel- und Hochschulwesen*	- Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen
- Kultur und Sport	- Amt für Kultur und Sport
- Mittelschulbildung	- Mittelschulen (Kantonsschulen Solothurn und Olten)
- Fachhochschulbildung	- Fachhochschule Nordwestschweiz Solothurn inkl. Pädagogische Fachhochschule
- Berufsschulbildung*	- Berufsbildungszentren Solothurn-Grenchen und Olten inkl. Bildungszentrum Gesundheit und Soziales
Finanzdepartement	Finanzdepartement
- Führungsunterstützung Finanzdepartement und Amtschreibereiaufsicht	- Departementssekretariat FD und Amtschreiberei-Inspektorat
- Finanzen und Statistik*	- Amt für Finanzen
- Personalwesen*	- Personalamt
- Steuerwesen	- Kantonales Steueramt
- Informationstechnologie	- Amt für Informatik und Organisation
- Amtschreiberei-Dienstleistungen*	- Amtschreibereien
- Staatsaufsichtswesen	- Kantonale Finanzkontrolle
Departement des Innern	Departement des Innern
- Gesundheit	- Gesundheitsamt
- soH	- Solothurner Spitäler AG
- Soziale Sicherheit*	- Amt für soziale Sicherheit
- Öffentliche Sicherheit	- Amt für öffentliche Sicherheit
- Administrative und techn. Verkehrssicherheit	- Motorfahrzeugkontrolle
- Justizvollzug	- Amt für Justizvollzug
- Polizei	- Polizei

<b>Globalbudget (aufgabenbezogen)</b>	<b>Leistungserbringende Dienststelle/n</b>
Volkswirtschaftsdepartement	Volkswirtschaftsdepartement
- Führungsunterstützung VWD und Stiftungsaufsicht - Wirtschaft und Arbeit - Energiefachstelle - Gemeinden und Zivilstandsdienst - Wald, Jagd und Fischerei - Landwirtschaft - Militär und Bevölkerungsschutz*	- Departementssekretariat VWD und Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungsaufsicht - Amt für Wirtschaft und Arbeit - AWA, Energiefachstelle - Amt für Gemeinden - Amt für Wald, Jagd und Fischerei - Amt für Landwirtschaft - Amt für Militär und Bevölkerungsschutz
Gerichte	Gerichte
- Gerichte	- Gerichte

## 2.1 Qualitätssicherung bei den mehrjährigen Globalbudgetvorlagen

Ziel der Qualitätssicherung ist die Gewährleistung einer einheitlichen Darstellung der Leistungen und Finanzen und somit Sicherstellung der Lesbarkeit (Miliztauglichkeit). Gemäss den Beanstandungen und Auftrag sind folgende Teilziele damit verbunden:

- Überprüfung der Aufteilung Globalbudget und Finanzgrössen
- Sicherstellung aussagekräftiger Ziele, Indikatoren und Standards in Bezug auf Verständlichkeit, Nachvollziehbarkeit, Transparenz und Messbarkeit
- Sicherstellen der Zielhierarchie (Legislaturplan - IAFP - GB-Vorlage)

Der Verwaltungsablauf wurde so angepasst, dass die Globalbudgetvorlagen dem Amt für Finanzen bis spätestens Ende Juni zur Prüfung vorgelegt werden konnten. Aufgrund der Beratungsgespräche der Dienststellen und dem Amt für Finanzen konnten diverse Hinweise diskutiert und die Vorlagen entsprechend transparenter und logischer gestaltet werden.

### **Vereinheitlichung der Mehrjahresplanungen in der Investitionsrechnung ab 2012**

Die Mehrjahresplanungen (MJP) in der Investitionsrechnung wurden in den letzten Jahren in unterschiedlichem Detaillierungsgrad dem Kantonsrat unterbreitet. Das kreditrechtliche Verfahren der Investitionsrechnung wurde mit RRB Nr. 2008/1223 grundsätzlich neu geregelt. Das Kompetenzzentrum WoV beim Amt für Finanzen hat eine einheitliche Kantonsratsvorlage ab 2012 erstellt mit dem Ziel, die Lesbarkeit und Verständlichkeit zu erhöhen und die kreditrechtlichen Vorgaben sicherzustellen.

Die Neuregelung unterscheidet zwischen Gross- und Kleinprojekten und verlangt über sämtliche Projekte eine jährlich zu aktualisierende, rollende Vierjahresplanung, welche vom Regierungsrat beschlossen und vom Kantonsrat zur Kenntnis genommen wird. Als minimaler Inhalt gelten die spezifische Jahrestanche der Bruttoausgaben und Einnahmen für jedes einzelne Grossprojekt im Rahmen des Voranschlagskredites, Verpflichtungskreditkontrolle für jedes einzelne Grossprojekt und die Rechenschaftsablage über alle im vergangenen Jahr vorangetriebenen Grossprojekte. Dies sinngemäss auch für jeden Sammel-Verpflichtungskredit von Kleinprojekten. Die fünf betroffenen Bereiche Hochbau, Strassenbau, Wasserbau, Öffentlicher Verkehr und Informatik sind nun gefordert, die Projektverwaltung viel prospektiver wahrzunehmen. Diese fünf Globalbudgetnehmer weisen ein zusätzliches Blatt über die Investitionsrechnung bei ihrem Globalbudget im Voranschlag mit den entsprechenden Gross- und Kleinprojekten aus. In Zukunft wird auf Kreditübertragungen bei wesentlichen Projektverzögerungen von Grossprojekten verzich-

tet. Die Übertragung der Gelder erfolgt im Rahmen des Voranschlagkredites mit der Neubudgetierung in der nächsten Jahrestanche.

Mit dem Instrument der Mehrjahresplanungen werden rund 93% der Gesamtinvestitionen des Staates verwaltet. Die verbleibenden Investitionen werden als Finanzgrössen geführt und werden im Detail auf jede Kostenart im Voranschlag ausgewiesen.

Die Investitionen sind damit nachvollziehbar projektbezogen strukturiert und die Verpflichtungskreditkontrolle wird deutlich transparenter.

## 2.2 Übersicht der Globalbudgetsaldi

Der Aufwandüberschuss aller Globalbudgets erhöht sich gegenüber dem Vorjahr um 5,6 Mio. Fr. oder 1,1%. Detaillierte Informationen zu Leistungen, Finanzen und Personal sind auf den Voranschlags-Blättern der einzelnen Globalbudgets ersichtlich.

Globalbudgetsaldo (in 1'000 Fr.)	RE11	VA12	VA13	Diff. 12/13	Diff. in %
Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat	715.6	727.1	741.7	14.6	2.0%
Dienstleistungen der Staatskanzlei	6'750.0	7'587.4	7'380.6	-206.8	-2.7%
Drucksachen und Lehrmittel	1'939.3	2'653.1	2'656.0	2.9	0.1%
Führungsunterstützung BJD	2'748.4	2'875.6	1'820.7	-1'054.9	-36.7%
Raumplanung	2'788.6	2'955.3	3'267.6	312.3	10.6%
Hochbau	29'466.9	27'361.9	29'851.9	2'490.0	9.1%
Strassenbau	29'991.4	30'253.6	31'333.6	1'080.0	3.6%
Öffentlicher Verkehr	32'435.9	36'314.9	37'859.9	1'545.0	4.3%
Umwelt	11'784.4	11'999.2	11'387.1	-612.1	-5.1%
Denkmalpflege und Archäologie	2'754.4	3'032.3	3'048.1	15.8	0.5%
Geoinformationen	1'391.6	3'384.9	3'127.4	-257.4	-7.6%
Jugendanwaltschaft	6'380.6	6'373.3	6'494.1	120.8	1.9%
Staatsanwaltschaft	3'484.8	4'517.5	4'364.8	-152.6	-3.4%
Führungsunterstützung DBK	10'116.1	11'065.2	10'849.0	-216.2	-2.0%
Volksschulen	15'241.1	20'848.2	20'871.6	23.3	0.1%
Berufsbildung, Mittel- und Hochschulwesen	6'850.2	7'663.5	7'423.6	-239.8	-3.1%
Kultur und Sport	6'481.6	6'948.6	7'090.1	141.5	2.0%
Mittelschulbildung	40'066.4	40'640.1	41'313.7	673.6	1.7%
Fachhochschulbildung	33'049.0	33'868.0	35'759.0	1'891.0	5.6%
Berufsschulbildung	35'201.8	36'452.2	34'571.5	-1'880.7	-5.2%
Führungsunterstützung FD und Amtschreibereiaufsicht	1'524.6	1'591.6	1'633.1	41.5	2.6%
Finanzen und Statistik	561.3	1'083.0	995.9	-87.2	-8.0%
Personalwesen	3'491.0	4'275.1	4'061.1	-214.0	-5.0%
Steuerwesen	14'027.5	14'305.3	15'140.0	834.7	5.8%
Informationstechnologie	9'825.6	16'242.9	15'916.1	-326.8	-2.0%
Amtschreiberei-Dienstleistungen	-13'209.4	-8'988.4	-10'849.6	-1'861.2	20.7%
Staatsaufsichtswesen	911.5	965.8	971.0	5.2	0.5%
Gesundheit	5'708.8	6'205.8	6'025.7	-180.2	-2.9%
soH	223'290.0	56'419.5	55'719.5	-700.0	-1.2%
Soziale Sicherheit	8'064.0	8'401.5	12'532.5	4'131.0	49.2%
öffentliche Sicherheit	957.2	2'367.4	2'590.3	223.0	9.4%
Administrative und technische Verkehrssicherheit	-1'864.2	-2'040.0	-2'040.0	0.0	0.0%
Justizvollzug	8'780.5	10'771.8	10'092.5	-679.3	-6.3%
Polizei	48'782.5	72'944.9	74'430.3	1'485.4	2.0%
Führungsunterstützung VWD und Stiftungsaufsicht	1'418.9	1'745.6	1'722.5	-23.1	-1.3%
Wirtschaft und Arbeit	8'328.1	2'978.7	3'033.1	54.4	1.8%
Energiefachstelle	6'255.2	3'066.6	2'722.9	-343.7	-11.2%
Gemeinden und Zivilstandsdienst	2'242.1	3'208.7	2'898.6	-310.1	-9.7%
Wald, Jagd und Fischerei	2'937.7	3'666.0	3'628.5	-37.5	-1.0%
Landwirtschaft	8'774.6	9'471.5	9'217.2	-254.3	-2.7%
Militär und Bevölkerungsschutz	7'018.3	6'968.5	6'755.3	-213.2	-3.1%
Gerichte	14'441.1	14'544.7	14'887.6	342.9	2.4%
<b>Total Aufwandüberschuss</b>	<b>641'905</b>	<b>527'718</b>	<b>533'296</b>	<b>5'578</b>	<b>1.1%</b>

1) Transfer der Staatsgarage vom Departementsekretariat BJD zur Polizei (1 Mio. Fr.)

2) Aufnahme des Betriebes der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörden KESB (4.1 Mio. Fr.)

### 3. Entwicklung in den einzelnen Departementen

Im Folgenden wird auf besondere Aspekte und Entwicklungen in den einzelnen Departementen hingewiesen. Die Bemerkungen konzentrieren sich auf die allerwichtigsten Punkte. Für die Globalbudgets wird auf die entsprechenden Kantonsratsvorlagen sowie auf die GB-Blätter (Leistungsaufträge mit Produktgruppenzielen, Wirkungs- und Leistungsindikatoren, Standards, Produktgruppenbudgets) der entsprechenden Dienststellen verwiesen.

Der Transfer der Staatsgarage vom Departementssekretariat BJD zur Polizei führt zu einer geringen Verschiebung zwischen dem Bau- und Justizdepartement und dem Departement des Innern im Vergleich zu den Vorjahren. Ebenfalls führt die Umstellung auf den Rechnungslegungsstandard HRM2 per 1.1.2012 zu Verschiebungen zwischen den Departementen in den Budgetjahren 2012 und 2013 gegenüber dem Rechnungsjahr 2011 (bspw. werden die Abschreibungen ab 2012 direkt als Aufwand den einzelnen Dienststellen und nicht mehr zentral dem Amt für Finanzen belastet).

#### 3.1 Erfolgsrechnung

##### Behörden

In Mio. Fr.	RE11	VA12	VA13	Diff. 12/13
Aufwand	5,6	5,7	5,7	0
Ertrag	- 0,4	- 0,3	- 0,3	0
Verrechnungen	- 1,6	- 1,6	- 1,6	0
<b>Saldo</b>	<b>3,6</b>	<b>3,8</b>	<b>3,8</b>	<b>0</b>

Im Planjahr 2013 ergeben sich gegenüber 2012 keine wesentlichen Veränderungen.

##### Staatskanzlei

In Mio. Fr.	RE11	VA12	VA13	Diff. 12/13
Aufwand	12,2	13,1	12,9	- 0,2
Ertrag	- 3,5	- 2,9	- 2,9	0
Verrechnungen	- 5,7	- 6,8	- 6,6	0,2
<b>Saldo</b>	<b>3,0</b>	<b>3,4</b>	<b>3,4</b>	<b>0</b>

Der budgetierte Aufwand im Voranschlag 2013 sinkt gegenüber dem Voranschlag 2012 um 0,2 Mio. Fr. infolge Einsparungen bei den Portokosten und einer Reduktion des Besoldungskredits für Rechtspraktikanten.

##### Bau- und Justizdepartement

In Mio. Fr.	RE11	VA12	VA13	Diff. 12/13
Aufwand	222,1	255,2	245,1	- 10,1
Ertrag	- 111,1	- 91,6	- 91,1	0,6
Verrechnungen	- 82,5	- 107,8	- 108,4	- 0,6
<b>Saldo</b>	<b>28,5</b>	<b>55,8</b>	<b>45,6</b>	<b>- 10,2</b>

Durch die HRM2-bedingte neue Darstellung der Spezialfinanzierungen ab 2013 entfallen im Aufwand gegenüber dem Voranschlag 2012 24,7 Mio. Fr. Dieser Minderaufwand wird teilweise aufgehoben durch die ebenfalls nach neuem Rechnungslegungsmodell erfassten Beiträge an Gemeinden, öffentliche und private Unternehmungen und der zu 100% abzuschreibenden Investitionsbeiträge (11,7 Mio. Fr.). Ebenfalls sind Mehraufwendungen von rund 3 Mio. Fr. für hö-

heren Mietaufwand, gestiegene Energiekosten und für den baulichen Strassenunterhalt geplant.

Ertragsseitig fehlen gegenüber dem Vorjahr Erlöse aus dem Verkauf von Sachanlagen. Diese werden aber praktisch wettgemacht durch höhere Mieterträge der Fachhochschule NWCH in Olten und der soH.

### Departement für Bildung und Kultur

In Mio. Fr.	RE11	VA12	VA13	Diff. 12/13
Aufwand	452,4	453,7	461,2	7,5
Ertrag	- 49,4	- 45,6	- 45,4	0,2
Verrechnungen	26,6	27,7	28,4	0,7
<b>Saldo</b>	<b>429,6</b>	<b>435,8</b>	<b>444,3</b>	<b>8,5</b>

Im Vergleich zum Voranschlag 2012 ist beim Aufwand ein Anstieg um 7,5 Mio. Fr. oder 1,7 % zu verzeichnen. Dieser ist hauptsächlich auf Folgendes zurückzuführen: Bereich Volksschule 3,2 Mio. Fr. (stufenweise Einführung Französisch auf der Primarstufe, Anpassung des Gesamtarbeitsvertrages als Folge der Umsetzung ZULESYS [Zuweisung veränderter Lehrfunktionen in die bestehende Einreihungssystematik], Erhöhung der Beiträge an Gemeinden für Musikschulen [Auftrag Verena Meyer, Anpassung Kantonsbeitrag an die Besoldungskosten der Musikschulen A 033/2008, RRB Nr. 2008/927 vom 27.5.2008]), ausserkantonale Schulgelder 4,2 Mio. Fr. (steigende Anzahl Studierende an Fachhochschulen und Universitäten).

Beim Ertrag gibt es gegenüber dem Budget des Vorjahres keine nennenswerte Abweichung.

Im Vergleich zur Rechnung 2011 ergibt sich der Anstieg beim Aufwand hauptsächlich aus folgenden Gründen: ausserkantonale Schulgelder 3,6 Mio. Fr., Fachhochschule 4,2 Mio. Fr. und Amt für Kultur und Sport 1,0 Mio. Fr..

Die Abweichung beim Ertrag ist vorwiegend auf tiefere Beiträge der Gemeinden an die Mittelschulen als Folge der Sek I Reform (Sek P dauert 2 Jahre, Untergymnasium dauerte 3 Jahre) und tiefere Erträge von ausserkantonalen Studierenden am Bildungszentrum Gesundheit und Soziales zurückzuführen.

### Finanzdepartement

In Mio. Fr.	RE11	VA12	VA13	Diff. 12/13
Aufwand	164,9	128,2	127,3	- 0,9
Ertrag	- 1'263,6	- 1'218,7	- 1'212,4	6,3
Verrechnungen	- 7,3	23,1	20,2	- 2,9
<b>Saldo</b>	<b>- 1'106,0</b>	<b>- 1'067,3</b>	<b>- 1'064,8</b>	<b>2,5</b>

Der Aufwand bleibt gegenüber dem Voranschlag 2012 praktisch unverändert. Der Minderaufwand zur Rechnung 2011 resultiert aus der Umstellung auf das Rechnungslegungsmodell HRM2 ab 2012. Die Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen (RE11: 32,6 Mio. Fr.) werden nicht mehr zentral über das Amt für Finanzen verbucht und mit Verrechnungen weiterbelastet, sondern den Dienststellen direkt belastet.

Bei den Erträgen stehen den im Vergleich zum Voranschlag 2012 höheren Einnahmen aus dem NFA Ressourcenausgleich (+31,4 Mio. Fr.) und der Ausschüttung der Schweizerischen Nationalbank (+21,5 Mio. Fr.) Mindererträge bei den Staatssteuern (-42,7 Mio. Fr.) und dem Vermögensertrag (-10,6 Mio. Fr.) gegenüber. Die Erträge der Staatssteuern liegen rund 8 Mio. Fr. unter dem Niveau der Rechnung 2011.

## Departement des Innern

In Mio. Fr.	RE11	VA12	VA13	Diff. 12/13
Aufwand	809,6	861,9	900,7	38,8
Ertrag	- 349,8	- 342,8	- 356,6	- 13,7
Verrechnungen	70,1	68,7	67,8	- 0,9
<b>Saldo</b>	<b>529,9</b>	<b>587,8</b>	<b>612,0</b>	<b>24,2</b>

Der Nettoaufwand des Voranschlags 2013 liegt um 24,2 Mio. Fr. höher als im Vorjahr. Gründe sind:

- Erhöhungen im sozialen Bereich im Umfang von 16,1 Mio. Fr. (Ergänzungsleistungen AHV/IV/Familie 10,1 Mio. Fr., Kantonsanteil an neue Pflegekostenfinanzierung 2 Mio. Fr., ausserkantonale Behindertenheime 5 Mio. Fr., kantonale Behindertenheime -1 Mio. Fr.)
- Aufnahme des Betriebes der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden, KESB (4,1 Mio. Fr.)
- Zunahme bei den Kostgeldern Straf- und Massnahmenvollzug (2,5 Mio. Fr.)
- Wechsel der Staatsgarage vom Bau- und Justizdepartement zur Polizei (1,0 Mio. Fr.), Korps-erhöhung (0,6 Mio. Fr.), Erfahrungsstufenanstiege (0,6 Mio. Fr.) sowie Ertrag ASTRA für den 6-Spurausbau auf der A1 (- 1 Mio. Fr.).

## Volkswirtschaftsdepartement

In Mio. Fr.	RE11	VA12	VA13	Diff. 12/13
Aufwand	208,9	205,5	208,7	3,2
Ertrag	- 135,8	- 128,8	- 137,6	- 8,7
Verrechnungen	- 2,4	- 6,5	- 3,1	3,5
<b>Saldo</b>	<b>70,6</b>	<b>70,1</b>	<b>68,1</b>	<b>- 2,0</b>

Die Abnahme des Nettoaufwandes im Voranschlag 2013 gegenüber dem Voranschlag 2012 ergibt sich hauptsächlich aus folgenden Gründen: höherer Beitrag für die Neue Regionalpolitik (+0,1 Mio. Fr.), Reduktion bei der „Kostenbeteiligung der Kantone am Vollzug der Arbeitslosenversicherung“ (AVIG-Beitrag, -0,4 Mio. Fr.), weniger Förderbeiträge bei der Energiefachstelle (-0,3 Mio. Fr.). Weiter wurden im Amt für Gemeinden die Gebühreneinnahmen dem höheren Niveau der Vorjahre angepasst (-0,3 Mio. Fr.). Sparmassnahmen und Budgetüberprüfungen führten im Amt für Landwirtschaft und im Amt für Militär und Bevölkerungsschutz zu einem je 0,5 Mio. Fr. tieferen Budget. Weiter wurden folgende, erfolgsneutrale Anpassungen budgetiert: In der Energiefachstelle wird neu auch der Teil A des Gebäudeprogramms ausgewiesen (3,4 Mio. Fr.) und der Kantonsbeitrag an den Finanzausgleich Kirchgemeinden vermindert sich um 3,8 Mio. Fr.

## Gerichte

In Mio. Fr.	RE11	VA12	VA13	Diff. 12/13
Aufwand	23,3	23,4	23,7	0,3
Ertrag	- 4,7	- 5,4	- 5,4	0
Verrechnungen	2,9	3,2	3,3	0,1
<b>Saldo</b>	<b>21,4</b>	<b>21,2</b>	<b>21,6</b>	<b>0,4</b>

Der Mehraufwand gegenüber dem Voranschlag 2012 wird durch höhere Personalaufwendungen verursacht. Zum einen durch den Stufenanstieg, zum andern durch Neueinreibungen der Gerichtsschreiber der ersten Instanz und der Haftrichter.

## 3.2 Investitionsrechnung

### Übersicht

Die Nettoinvestitionen im Betrag von 137,4 Mio. Fr. liegen um 8,8 Mio. Fr. über dem Voranschlag 2012. Von den 137,4 Mio. Fr. Nettoinvestitionen sind 17,9 Mio. Fr. für den Neubau der Justizvollzugsanstalt „im Schache“, 13,5 Mio. Fr. für den Neubau der Fachhochschule Nordwestschweiz in Olten, 7,0 Mio. Fr. für den Um- und Ausbau des Kantonsspitals Olten (inkl. 2,8 Mio. Fr. für das Parkhaus), 4,6 Mio. Fr. für das Umfahrungsprojekt in Olten (ERO), 4,3 Mio. Fr. für die Bahnhaltstellen Bellach und Solothurn-Brühl sowie 4,0 Mio. Fr. für die Gesamterneuerung des Bürgerspitals Solothurn vorgesehen.

Zu den wichtigsten Positionen im Investitionsbudget zählen (Nettoinvestitionen):

- Bildungs- und Allgemeine Bauten	48,0 Mio. Fr.
- Kantonsstrassenbau (inkl. Umfahrungsprojekte)	33,4 Mio. Fr.
- Spitalbauten (inkl. Parkhaus Kantonsspital Olten)	22,3 Mio. Fr.
- Informatikprojekte für die allg. Verwaltung	8,8 Mio. Fr.
- Investitionsbeiträge an den öffentlichen Verkehr	8,4 Mio. Fr.
- Wasserbauten im Bereich Umwelt (Fluss- und Bachverbauungen)	4,9 Mio. Fr.
- Polizei	2,8 Mio. Fr.
- Hochbauten MFK	2,7 Mio. Fr.
- Beiträge an agrarpolitische Massnahmen in der Landwirtschaft	2,6 Mio. Fr.

### Bau- und Justizdepartement

In Mio. Fr.	RE11	VA12	VA13	Diff. 12/13
Ausgaben	170,6	170,1	176,5	6,4
Einnahmen	- 53,9	- 53,3	- 56,0	- 2,7
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>116,7</b>	<b>116,7</b>	<b>120,4</b>	<b>3,7</b>

Die Ausgaben im Investitionsbereich des Bau- und Justizdepartements sind weiterhin geprägt durch die Sparvorgaben des Kantonsrates. Entsprechend den Mehrjahresplanungen werden die Grossprojekte wie Neubau Fachhochschule NWCH in Olten, Neubau Justizvollzugsanstalt, Um- und Ausbau Kantonsspital Olten, Entlastung Region Olten, Hochwasserschutzprojekte etc. weitergeführt. Entsprechend fallen auch die damit zusammenhängenden Einnahmen (Bundes- und Gemeindebeiträge) im Rahmen des Vorjahres an.

### Departement für Bildung und Kultur

In Mio. Fr.	RE11	VA12	VA13	Diff. 12/13
Ausgaben	2,4	2,0	2,7	0,7
Einnahmen	- 1,8	- 1,5	- 2,0	- 0,5
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>0,6</b>	<b>0,5</b>	<b>0,7</b>	<b>0,2</b>

Die Investitionsbeiträge an Ausbildungszentren für überbetriebliche Kurse werden über die Investitionsrechnung als Ausgaben verbucht. Sie werden vollständig über die Bundesbeiträge finanziert. Die Einnahmen erhöhen sich entsprechend.

## Finanzdepartement

In Mio. Fr.	RE11	VA12	VA13	Diff. 12/13
Ausgaben	11,5	5,5	8,8	3,3
Einnahmen	- 1,5	0	0	0
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>10,0</b>	<b>5,5</b>	<b>8,8</b>	<b>3,3</b>

Im Voranschlag 2013 sind mehrere Grossprojekte enthalten wie Geschäftsabwicklung Migration Solothurn - GAMISO (1,1 Mio. Fr.), Grundbuchlösung Solothurn - GBSO (1,5 Mio. Fr.) und Motorfahrzeugkontrolle - Newtraffic (2,3 Mio. Fr.).

Mit der Einführung von HRM2 per 1.1.2012 und im Rahmen der Überarbeitung des Rechnungswesens AIO werden in der Mehrjahresplanung nur noch Neu- und Erweiterungsprojekte geführt, welche externe Kosten von mehr als 50'000.- Fr. umfassen. Die übrigen Projekte (Kleinprojekte) werden ab 1.1.2012 neu in der Erfolgsrechnung AIO geführt. Zudem werden sämtliche projektbezogenen Eigenleistungen des AIO-Personals ab dem 1.1.2012 nicht mehr in der Investitionsrechnung aktiviert. Dies ergibt im Jahre 2012 eine Kostenverschiebung von 5,3 Mio. Fr. von der Investitionsrechnung in die Erfolgsrechnung. Der Systemwechsel führt zu keiner Erhöhung des Gesamtbudgets AIO (ER + IR).

## Departement des Innern

In Mio. Fr.	RE11	VA12	VA13	Diff. 12/13
Ausgaben	2,4	1,8	2,8	1,0
Einnahmen	0	0	0	0
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>2,4</b>	<b>1,8</b>	<b>2,8</b>	<b>1,0</b>

Zusätzliche Investitionen im Informatikbereich der Polizei im Umfang von 1,0 Mio. Fr.

## Volkswirtschaftsdepartement

In Mio. Fr.	RE11	VA12	VA13	Diff. 12/13
Ausgaben	8,2	9,0	9,6	0,6
Einnahmen	- 4,4	- 4,9	- 4,9	0
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>3,8</b>	<b>4,1</b>	<b>4,7</b>	<b>0,6</b>

Gemäss Umsetzungsprogramm ist für die Neue Regionalpolitik im AWA 0,6 Mio. Fr. mehr für Darlehen budgetiert.

Innerhalb des Finanzausgleiches der Einwohnergemeinden sind unverändert 0,3 Mio. Fr. als Investitionsbeiträge budgetiert.

Die Investitionsausgaben des Amtes für Wald, Jagd und Fischerei betragen wie im Vorjahr voraussichtlich 0,3 Mio. Fr.. Es handelt sich um Kantons- und Bundesbeiträge an Gemeinden für Wegbauten/Wegsanierungen.

Die Nettoinvestitionen im Amt für Landwirtschaft betragen, ebenfalls unverändert, 3,2 Mio. Fr.. Es handelt sich hierbei vorwiegend um Beiträge an Meliorationen und Beiträge für den Unterhalt und die Sanierung von Zufahrten zu Berghöfen.

### 3.3 Bruttoentnahmen aus Spezialfinanzierungen

Gemäss §43 Absatz 6 des WoV-Gesetzes (Spezialfinanzierungen) bewilligt der Kantonsrat mit dem Voranschlag die Bruttoentnahmen aus den jeweiligen Spezialfinanzierungen.

<b>Bruttoentnahmen aus Spezialfinanzierungen (Bruttokosten in Fr. 1'000)</b>					
Spezialfinanzierung	RE11	VA12	VA13	Diff. VA12/13	Diff. in %
Berufliche Vorsorge Mitglieder des RR	925.1	1'013.3	1'013.3	0.0	0.0%
Natur- und Heimatschutz	4'478.1	4'957.3	5'311.4	354.1	7.1%
Strassenbaufonds	98'232.1	69'372.5	71'585.4	2'213.0	3.2%
Altlastenfonds	358.3	1'300.0	1'300.0	0.0	0.0%
Abwasserfonds	2'220.1	4'000.0	4'000.0	0.0	0.0%
Entsorgungsfonds	53.1	50.0	50.0	0.0	0.0%
DeponienachSORgefonds	141.7	60.0	60.0	0.0	0.0%
Unfallkasse	61.0	60.1	60.1	0.0	0.0%
Krankentaggeldversicherung GAV	1'676.6	1'325.4	1'426.1	100.7	7.6%
Finanzausgleich der Einwohnergemeinden	30'732.3	30'385.0	30'000.0	-385.0	-1.3%
Finanzausgleich der Kirchgemeinden	14'272.2	10'930.0	14'785.0	3'855.0	35.3%
Forstfonds	496.9	640.0	640.0	0.0	0.0%
Jagd- und Fischereifonds	1'148.3	1'130.6	1'174.1	43.5	3.9%
Zufahrt zu Berghöfen	649.7	650.0	650.0	0.0	0.0%
Tierseuchenkasse	979.9	1'197.2	1'245.0	47.8	4.0%
<b>Total Bruttoentnahmen</b>	<b>156'425.4</b>	<b>127'071.3</b>	<b>133'300.4</b>	<b>6'229.0</b>	<b>4.9%</b>

Die geplanten Veränderungen der Fondsvermögen (Fondseinlagen oder –entnahmen) sowie die voraussichtlichen Bestände per 31.12.2013 sind in der Beilage 2.9 ‚Spezialfinanzierungen‘ und in den verantwortlichen Globalbudgets ersichtlich.

#### 4. Die grössten Aufwandpositionen

##### 4.1 Die Entwicklung des Besoldungsaufwandes 2012 – 2013

Im Voranschlag 2013 ist keine Lohnerhöhung vorgesehen. Aufgrund der Zunahme des Personalbestandes (siehe Kap. 4.1.1 Pensenübersicht) und der Erfahrungsstufenanstiege steigen die Besoldungskosten gegenüber dem Vorjahresbudget insgesamt um rund 4,2 Mio. Fr. oder 1,2%.

Die folgende Tabelle orientiert über den Besoldungsaufwand (brutto) für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Verwaltung, der kantonalen Schulen, Anstalten und Gerichte.

<b>Departement</b>	<b>Voranschlag 2012</b>	<b>Voranschlag 2013</b>	<b>Differenz in Fr.</b>	<b>Differenz in %</b>
Behörden	2'719'417	2'741'000	21'583	0.8
Staatskanzlei	4'470'787	4'422'107	- 48'680	- 1.1
Bau und Justiz	42'103'013	42'372'370	269'357	0.6
Bildung und Kultur				
- Lehrkräfte	74'432'813	74'252'733	- 180'080	- 0.2
- Verwaltungspersonal	27'756'323	27'146'280	- 610'043	- 2.2
Finanz	51'671'011	51'793'503	122'492	0.2
Inneres	93'095'780	97'568'261	4'472'481	4.8
Volkswirtschaft	33'353'910	33'219'807	- 134'103	- 0.4
Gerichte				
- Richter	5'045'368	4'992'393	- 52'975	- 1.0
- Verwaltungspersonal	9'798'077	10'114'909	316'832	3.2
<b>Total</b>	<b>344'446'498</b>	<b>348'623'362</b>	<b>4'176'864</b>	<b>1.2</b>

Beim Vergleich der Voranschläge 2012 und 2013 ist v.a. folgendes zu beachten:

- Beim Departement für Bildung und Kultur liegen die Besoldungen der Lehrkräfte um 0,2 Mio. Fr. oder 0,2 % und die Besoldungen des Verwaltungspersonals um 0,6 Mio. Fr. oder 2.2% tiefer. Die Aufwandreduktionen sind darauf zurückzuführen, dass die Höhere Fachschule für Technik privatisiert wurde und ab 2013 in der Staatsrechnung als Beitrag und nicht mehr unter Besoldungen erscheint (Kantonsratsbeschluss SGB 207/2011 vom 24.1.2012 und RRB 2011/2541 vom 22.11.2011) und dass das Weiterbildungszentrum im BZ-GS nicht aufgebaut wird. Dem stehen Mehraufwendungen bei den Mittelschulen (mehr Klassen, Auswirkungen ZULESYS, höhere Altersentlastungen) gegenüber.
- Die Zunahme der Besoldungen im Departement des Innern (+ 4,5 Mio., + 4,8%) ist zurückzuführen auf die Aufnahme des Betriebes der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden, KESB (2,6 Mio. Fr.), die Übernahme der Staatsgarage, die Korpserhöhung und die Erfahrungsstufenanstiege bei der Polizei (1,6 Mio. Fr.) sowie auf die Neuausrichtung des Gesundheitsdienstes und der Untersuchungsgefängnisse im Amt für Justizvollzug (0,5 Mio. Fr.).
- Der Mehraufwand beim Verwaltungspersonal der Gerichte (+ 3,2%) wird rund zur Hälfte durch die Erfahrungszuschläge verursacht. Auf der andern Seite durch eine Neueinreihung der Haftrichter (anspruchsvollere Aufgaben seit anfangs 2011 durch vermehrten Einsatz als Statthalter) und der Gerichtsschreiber der ersten Instanz (liegen seit Jahren deutlich unter dem kantonalen Schnitt des Nordwestschweizer Lohnvergleichs). Massgebend für die Neueinreihung war auch die Veränderung des Lohngefüges im Justizbereich in der Folge der Neueinreihung der Staatsanwälte. Zu verzeichnen ist auch je eine Aufstockung im Bereich Juris-Administration und im Verwaltungsgericht. Diese Mehraufwendungen wurden teilweise kompensiert durch Kürzungen des Aushilfs- und der Amtsrichterkredite.

#### 4.1.1 Pensenübersicht

In der folgende Tabelle wird die geplante Veränderung der Stellenprozente pro Globalbudget gegenüber dem Vorjahr ersichtlich. Dazu zählen alle Mitarbeitenden und Lehrpersonen, welche unbefristet, befristet oder stundenweise mit variablem Pensum angestellt sind. In den einzelnen Globalbudgetblättern sind die Personaldaten nach Geschlecht aufgeteilt.

Beim Vergleich der Voranschläge 2012 und 2013 ist v.a. Folgendes zu beachten:

- Auf den 1.1.2013 werden mit dem Transfer der Staatsgarage vom Departementssekretariat zur Polizei 4,0 Pensen verschoben.
- Bei der Sozialen Sicherheit erfordern die drei neuen kantonalen Fachbehörden KESB (Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde) rund 21 Stellen. Davon können rund 4 Stellen aus der bisherigen Organisation überführt werden
- Im Hinblick auf die neue Justizvollzugsanstalt 2014 werden erste Stellenverschiebungen aus organisatorischen Gründen bereits 2013 im Amt für Justizvollzug vollzogen. Die Neuausrichtung des Gesundheitsdienstes wird abgeschlossen. Es resultiert eine Erhöhung von 5.5 Stellen.
- Neben der Übernahme der Staatsgarage (4 Stellen) findet bei der Polizei auch eine weitere Korpserhöhung (4 Stellen) statt.
- Die geplante Zunahme bei der Energiefachstelle (+ 14.6%) entspricht dem bewilligten Stellenplafonds, welcher nach Bedarf im Laufe des Jahres auch beansprucht werden kann.

GB-Name	Pensenbestand per			Differenz		
	31.12.2011	Ziel 2012	Ziel 2013	absolut	in %	
Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat	3.8	3.8	3.8	0.0	0.0%	
Dienstleistungen der Staatskanzlei	26.2	26.5	26.5	0.0	0.0%	
Drucksachen/Lehrmittel	7.0	7.0	7.0	0.0	0.0%	
<b>Total Behörden / Staatskanzlei</b>	<b>37.0</b>	<b>37.3</b>	<b>37.3</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0%</b>	
Führungsunterstützung BJD	14.8	14.8	10.8	-4.0	-27.0%	1)
Raumplanung	18.6	19.0	19.2	0.2	1.1%	
Hochbau	28.5	28.5	28.5	0.0	0.0%	
Strassenbau	121.2	126.2	126.4	0.2	0.2%	
Öffentlicher Verkehr	3.0	3.0	3.0	0.0	0.0%	
Umwelt	54.4	55.4	55.3	-0.1	-0.2%	
Denkmalpflege und Archäologie	12.3	13.6	13.8	0.2	1.5%	
Geoinformationen	9.7	11.7	11.7	0.0	0.0%	
Jugendanwaltschaft	8.4	8.4	9.0	0.6	7.1%	
Staatsanwaltschaft	57.0	59.5	59.5	0.0	0.0%	
<b>Total Bau- und Justizdepartement</b>	<b>327.9</b>	<b>340.1</b>	<b>337.2</b>	<b>-2.9</b>	<b>-0.9%</b>	
Führungsunterstützung DBK	14.0	15.0	15.0	0.0	0.0%	
Volksschulen	50.9	51.7	51.0	-0.7	-1.4%	
Berufsbildung, Mittel- und Hochschulwesen	38.1	38.4	38.1	-0.3	-0.8%	
Kultur und Sport	17.5	18.5	18.5	0.0	0.0%	
Mittelschulbildung	290.3	284.1	293.2	9.1	3.2%	
Berufsschulbildung	314.1	312.8	298.9	-13.9	-4.4%	
<b>Total Departement Bildung und Kultur</b>	<b>724.9</b>	<b>720.5</b>	<b>714.7</b>	<b>-5.8</b>	<b>-0.8%</b>	
Führungsunterstützung FD und Amtschreibereiaufsicht	10.2	9.9	9.9	0.0	0.0%	
Finanzen und Statistik	16.6	16.4	15.7	-0.7	-4.3%	
Personalwesen	14.7	15.0	14.4	-0.6	-4.0%	
Steuerwesen	185.0	187.0	190.0	3.0	1.6%	
Informationstechnologie	44.9	48.1	48.5	0.4	0.8%	
Amtschreiberei-Dienstleistungen	178.4	180.4	182.5	2.1	1.2%	
Staatsaufsichtswesen	6.6	6.6	6.6	0.0	0.0%	
<b>Total Finanzdepartement</b>	<b>456.4</b>	<b>463.4</b>	<b>467.6</b>	<b>4.2</b>	<b>0.9%</b>	
Gesundheit	35.4	35.4	35.0	-0.4	-1.1%	
Soziale Sicherheit	60.2	65.5	82.0	16.5	25.2%	
Öffentliche Sicherheit	50.7	53.0	51.6	-1.4	-2.6%	
Administrative und technische Verkehrssicherheit	97.4	99.1	99.8	0.7	0.7%	
Justizvollzug	151.5	153.5	159.0	5.5	3.6%	
Polizei	481.6	490.0	498.0	8.0	1.6%	1)
<b>Total Departement des Innern</b>	<b>876.8</b>	<b>896.5</b>	<b>925.4</b>	<b>28.9</b>	<b>3.2%</b>	
Führungsunterstützung VWD	10.1	10.1	9.6	-0.5	-5.0%	
Wirtschaft und Arbeit	138.7	141.0	135.0	-6.0	-4.3%	
Energiefachstelle	4.7	4.8	5.5	0.7	14.6%	
Gemeinden und Zivilstandsdienst	33.5	33.8	32.7	-1.1	-3.3%	
Wald, Jagd und Fischerei	14.3	14.2	14.3	0.1	0.7%	
Landwirtschaft	61.4	62.7	63.2	0.5	0.8%	
Militär und Bevölkerungsschutz	37.0	37.2	35.2	-2.0	-5.4%	
<b>Total Volkswirtschaftsdepartement</b>	<b>299.7</b>	<b>303.8</b>	<b>295.5</b>	<b>-8.3</b>	<b>-2.7%</b>	
Gerichte	109.8	111.4	109.7	-1.7	-1.5%	
<b>Total Gerichte</b>	<b>109.8</b>	<b>111.4</b>	<b>109.7</b>	<b>-1.7</b>	<b>-1.5%</b>	
<b>TOTAL Globalbudgets</b>	<b>2'832.5</b>	<b>2'873.0</b>	<b>2'887.4</b>	<b>14.4</b>	<b>0.5%</b>	

1) Transfer der Staatsgarage vom Departementssekretariat BJD zur Polizei (4.0 Pensen)

## 4.2 Nettoaufwendungen für einzelne Schultypen

Die folgende Tabelle orientiert über die Nettoaufwendungen für die einzelnen Schultypen (in 1'000 Fr.).

Jahr	Volks- schulen	Mittel- schulen	Berufs- schulen	Fachhoch- schule NWCH	Universitäten	Total
RE09	179'884	53'564	46'984	30'658	28'108	339'198
RE10	179'077	50'741	<sup>1)</sup> 49'875	30'489	29'055	339'237
RE11	<sup>2)</sup> 201'942	<sup>3)</sup> 51'615	46'408	31'581	30'056	361'872
VA12	201'450	52'251	<sup>4)</sup> 48'239	<sup>5)</sup> 33'868	30'500	366'308
VA13	204'614	52'726	47'365	35'759	31'000	371'464

<sup>1)</sup> inkl. Bildung einer Rückstellung von 3.8 Mio. Fr. für die Schliessung der Deckungslücke der Pensionskasse Solothurn für die beabsichtigte Privatisierung und Fusion der Höheren Fachschulen Technik in Grenchen und Biel (RRB Nr. 2010/705 vom 20.4.2010)

<sup>2)</sup> der Mehraufwand von 22,9 Mio.Fr. ist zurückzuführen auf: Umstellung auf das Harmonisierte Rechnungsmodell HRM2 15,0 Mio. Fr. (die Beiträge an Kindergärten und Musikschulen wurden bisher in Form einer Nachgangssubvention entrichtet. Im Rechnungsjahr 2011 wurde eine Anpassung vorgenommen). Schulversuch Spezielle Förderung als Folge des kantonsrätlichen Vetos Mehraufwand von 2,1 Mio. Fr., Sonderschulbereich 5,5 Mio. Fr. als Folge der Neuausgestaltung der Finanzströme zwischen Bund und Kantonen (NFA) und des Heilpädagogischen Konzeptes.

<sup>3)</sup> die Differenz von 0,9 Mio.Fr. zum Vorjahr ist hauptsächlich auf tiefere Beiträge von Gemeinden als Folge der Sek I Reform zurückzuführen.

<sup>4)</sup> die Differenz ist auf sinkende Erträge am Bildungszentrum Gesundheit und Soziales zurückzuführen. Wegen auslaufenden altrechtlichen Ausbildungen reduziert sich die Anzahl ausserkantonaler Studierender.

<sup>5)</sup> neuer vierkantonaler Leitungsauftrag gemäss Kantonsratsbeschluss SGB 090a/2011 vom 7.12.2011.

Gegenüber dem Vorjahr ist im Schulbereich ein Mehraufwand von 5,2 Mio. Fr. festzustellen. Diese Abweichung ist vor allem auf folgende Punkte zurückzuführen:

- Im Bereich der Volksschulen ist der Mehraufwand von 3,2 Mio. Fr. hauptsächlich auf Folgendes zurückzuführen: stufenweise Einführung Französisch auf der Primarstufe, Anpassung des Gesamtarbeitsvertrages als Folge der Umsetzung ZULESYS (Zuweisung veränderter Lehrfunktionen in die bestehende Einreihungssystematik), Erhöhung der Beiträge an Gemeinden für Musikschulen (Auftrag Verena Meyer, Anpassung Kantonsbeitrag an die Besoldungskosten der Musikschulen A 033/2008, RRB Nr. 2008/927 vom 27.5.2008)
- Der Grund für die Abweichung bei den Mittelschulen sind hauptsächlich höhere Besoldungen der Lehrkräfte, ZULESYS, Stufenanstieg sowie Sozialleistungen.
- Die Abweichung bei den Berufsschulen ist hauptsächlich auf die neue Verrechnung der Mieten von Turnhallen im BBZ Olten zurückzuführen. Sie wird neu nicht mehr dem Globalbudget belastet, sondern erfolgt mit interner Verrechnung des Hochbauamtes.
- Die Abweichung bei der Fachhochschule ist auf das Wachstum gemäss vierkantonaalem Leistungsauftrag zurückzuführen.
- Die Zunahme der Studierenden (+ 30) führt zu höheren Beiträgen an Universitäten

### 4.3 Zinsendienst

Der Finanzaufwand (Passivzinsen) belastet den Voranschlag 2013 mit total 18,5 Mio. Fr., d.h. 0,8 Mio. Fr. mehr als im Voranschlag 2012. Der Finanzertrag (Vermögenserträge) nimmt jedoch vor allem aufgrund der massiv tieferen Alpiq-Dividende um 12,0 Mio. Fr. ab. Im Jahr 2013 wird der Finanzaufwand erstmals nach mehreren Jahren den Finanzertrag übersteigen (Nettozinsaufwand).

Für die Berechnung des Nettozinsaufwandes wird nach HRM2 neu der Sachgruppe 34 (Finanzaufwand) die Sachgruppe 42 (Finanzertrag) gemäss volkswirtschaftlicher Gliederung gegenübergestellt. Die Entwicklung seit 2009 zeigt sich wie folgt:

<b>Zinsendienst</b> (in Mio. Fr.)	<b>RE09</b>	<b>RE10</b>	<b>RE11</b>	<b>VA12</b>	<b>VA13</b>
Finanzaufwand (Sachgr. 34*)	27,2	22,6	15,9	17,7	18,5
- Finanzertrag. (Sachgr. 44*)	31,7	30,2	27,3	27,7	15,7
= Nettozinsaufwand	- 4,5	- 7,6	- 11,4	- 10,0	2,8
Total Staatssteuern	797,0	794,7	772,6	809,4	760,2
Nettozinsaufwand/-ertrag in %	- 0,6	- 0,1	- 1,5	- 1,2	0,4

\* exkl. Buchgewinne, div (Sachkonti 343/441/447)

Im Voranschlag 2013 wird der Finanzaufwand erstmals wieder seit dem Jahr 2008 den Finanzertrag übersteigen.

### 4.4 Abschreibungen

#### 4.4.1 Ordentliche Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen

Die Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen werden nicht mehr wie in der Vergangenheit mit 10% resp. 100% bei den Spezialfinanzierungen budgetiert, sondern ab 1.1.2012 nach HRM2 linear auf der Basis der Nutzungsdauer vorgenommen.

Die linearen Abschreibungen beinhalten auch die Abschreibungen der Spezialfinanzierungen. Zusätzliche Abschreibungen sind nicht vorgesehen.

Das abzuschreibende Verwaltungsvermögen verändert sich wie folgt:

Abzuschreibendes Verwaltungsvermögen per 31.12.12 (VA 2012*)	1'271,6 Mio. Fr.
Abschreibungen Voranschlag 2012	-63,4 Mio. Fr.
Abzuschreibende Aktivierungen des Jahres 2013	130,4 Mio. Fr.
<b>Abzuschreibendes Verwaltungsvermögen per 31.12.2013</b>	<b>1'338,6 Mio. Fr.</b>
lineare Abschreibung auf der Basis der Nutzungsdauer	67,2 Mio. Fr.
Gesamtabschreibungssatz (=67,2*100/1'338,6)	5,0 %

\* provisorischer Wert (Prüfung der Finanzkontrolle kurz vor dem Abschluss)

Von den per 31. Dezember 2013 abzuschreibenden Aktiven des Verwaltungsvermögens und der Spezialfinanzierungen von insgesamt 1'338,6 Mio. Fr. werden zulasten der Erfolgsrechnung 48,9 Mio. Fr. und zulasten von Spezialfinanzierungen 18,2 Mio. Fr. abgeschrieben. Der Gesamtabschreibungssatz beträgt 5,0 % (Voranschlag 2012: 5,0 %, Rechnung 2011: 20,8 %). Diese starke Reduktion gegenüber der Rechnung 2011 ist mit dem Wechsel auf die lineare Abschreibung auf der Basis der Nutzungsdauer und dem übergewichtigen Anteil an Strassen und Hochbauten (Nutzungsdauer 40 Jahre) zu erklären.

#### 4.4.2 Abschreibungen auf dem Finanzvermögen

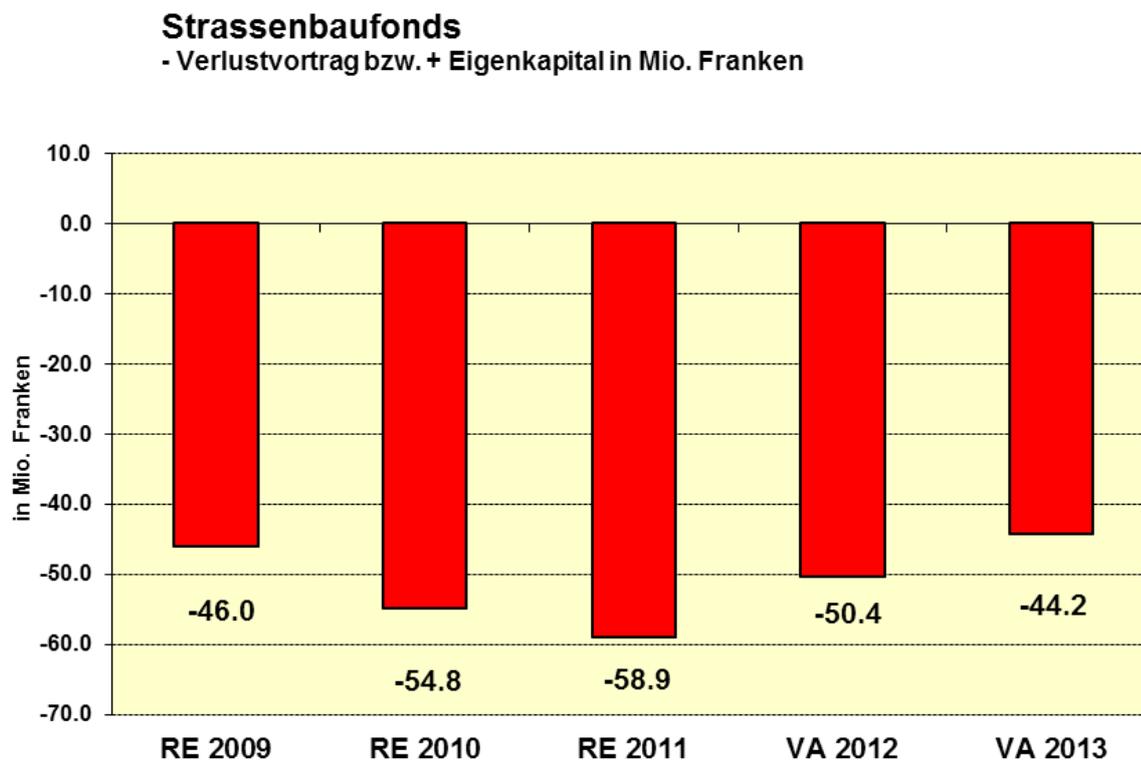
Im Jahr 2013 sind Abschreibungen auf dem Finanzvermögen im Betrag von 22,1 Mio. Fr. (Vorjahr 20,8 Mio. Fr.) vorgesehen. Daran partizipieren nebst Strafverfolgung und Justizadministration (2,8 Mio. Fr.), Gerichten (1,3 Mio. Fr.), Stipendienabteilung (0,2 Mio. Fr.), Amtschreibereien (0,1 Mio. Fr.) und Motorfahrzeugkontrolle (0,1 Mio. Fr.) vor allem das Steueramt mit insgesamt 17,3 Mio. Fr.

Die erlassenen und uneinbringlichen Staatssteuern werden im Sinne des Bruttoprinzips und einer verbesserten Transparenz separat aufgezeigt. Die vorgesehenen Abschreibungen basieren auf Erfahrungswerten der Rechnung 2011 sowie des 1. Halbjahres 2012 und sind wie folgt budgetiert:

- Staatssteuern natürliche Personen	15,9 Mio. Fr.
- Staatssteuern juristische Personen	0,4 Mio. Fr.
- Spitalsteuern	0,05 Mio. Fr.
- Sondersteuern	0,9 Mio. Fr.
- <u>Finanzausgleichssteuern</u>	<u>0,05 Mio. Fr.</u>
<u>Total</u>	<u>17,3 Mio. Fr.</u>

Die budgetierten Abschreibungen auf dem Finanzvermögen machen rund 2,3 % (Vorjahr 2,0 %) des gesamten Staatssteuerertrages aus.

## 4.5 Spezialfinanzierung Strassenbaufonds



Die Finanzierung des Strassenbaufonds ist unter der Kontengruppe 6039 "Finanzierung Strassenbaufonds" ausgewiesen.

Der Aufwand im Amt für Verkehr und Tiefbau (AVT) wird, soweit er den Strassenbau und Strassenunterhalt betrifft, vollumfänglich durch die zweckgebundenen Mittel aus den Motorfahrzeugsteuern und -gebühren sowie durch einen Bezug aus der Spezialfinanzierung abgedeckt. Zulasten der ordentlichen Mittel gehen dagegen die Beiträge an den öffentlichen Verkehr.

Die Abschreibungen der laufenden Investitionen im Kantonsstrassenbau belaufen sich auf total 18,2 Mio. Fr. (2012: 17,0 Mio. Fr.). Die Zunahme ist die Folge höherer Nettoinvestitionen.

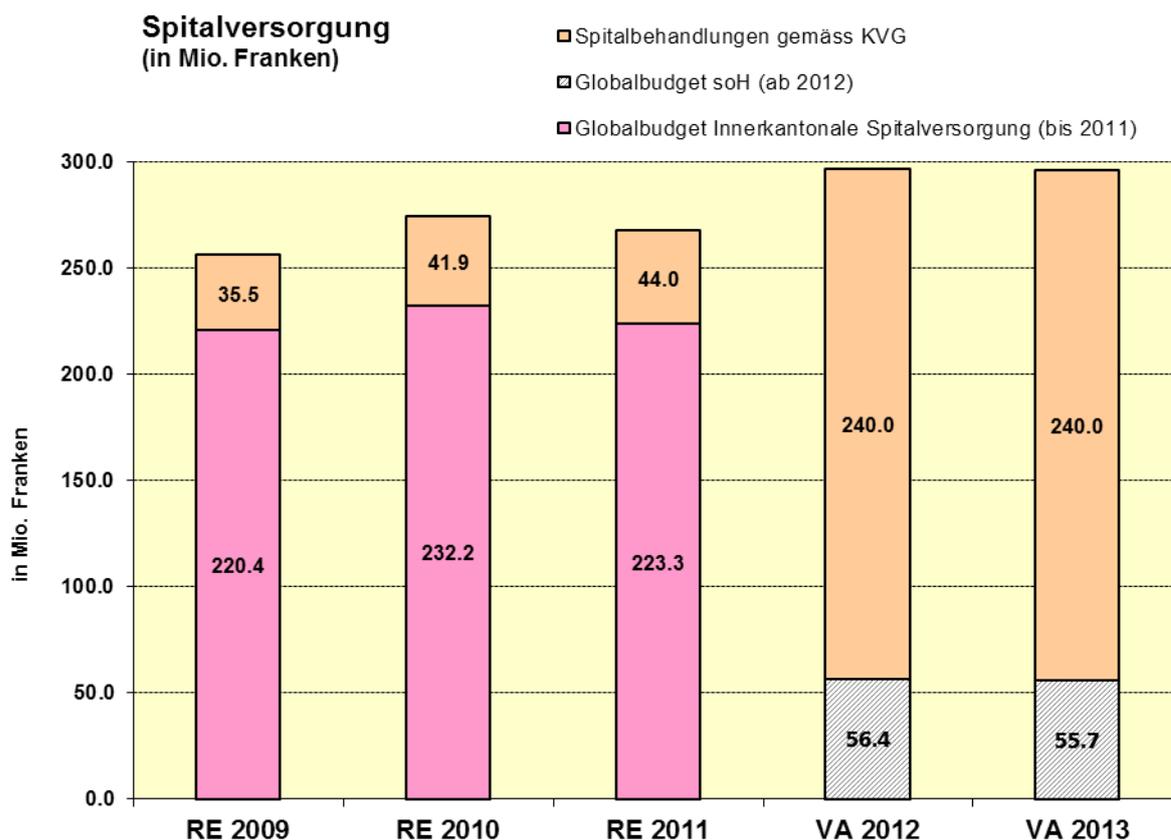
Die Zuweisungen des Bundes aus dem allgemeinen Treibstoffzollanteil von 11,5 Mio. Fr., der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe LSVA von 12,5 Mio. Fr. und dem Globalbeitrag Hauptstrassen von 1,0 Mio. Fr. werden vollumfänglich dem 'Strassenbaufonds' zugewiesen.

Die Ausgaben im Strassenbau sind über die Spezialfinanzierung gedeckt. Dank der Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer im Zusammenhang mit den beiden Umfahrungsprojekten in Solothurn und Olten kann mit einer Einlage in die Spezialfinanzierung von 6,2 Mio. Fr. gerechnet werden. Die Fondsverschuldung wird deshalb bis Ende 2013 auf voraussichtlich rund 44,2 Mio. Fr. sinken.

#### 4.6 Gesundheitskosten

Im Bereich Gesundheit (Globalbudgets ‚Gesundheit‘ und ‚soH‘) bleiben die Aufgaben und Verpflichtungen unverändert. Gleiches gilt für die Finanzgrösse Spitalbehandlungen gemäss KVG.

Für den Voranschlag 2013 resultieren insgesamt Kosten von 302,6 Mio. Fr., was im Vergleich zum Voranschlag 2012 Minderkosten von 0,9 Mio. Fr. bedeutet. Die Spitalbehandlungen gemäss KVG bleiben unverändert bei 240 Mio. Franken.



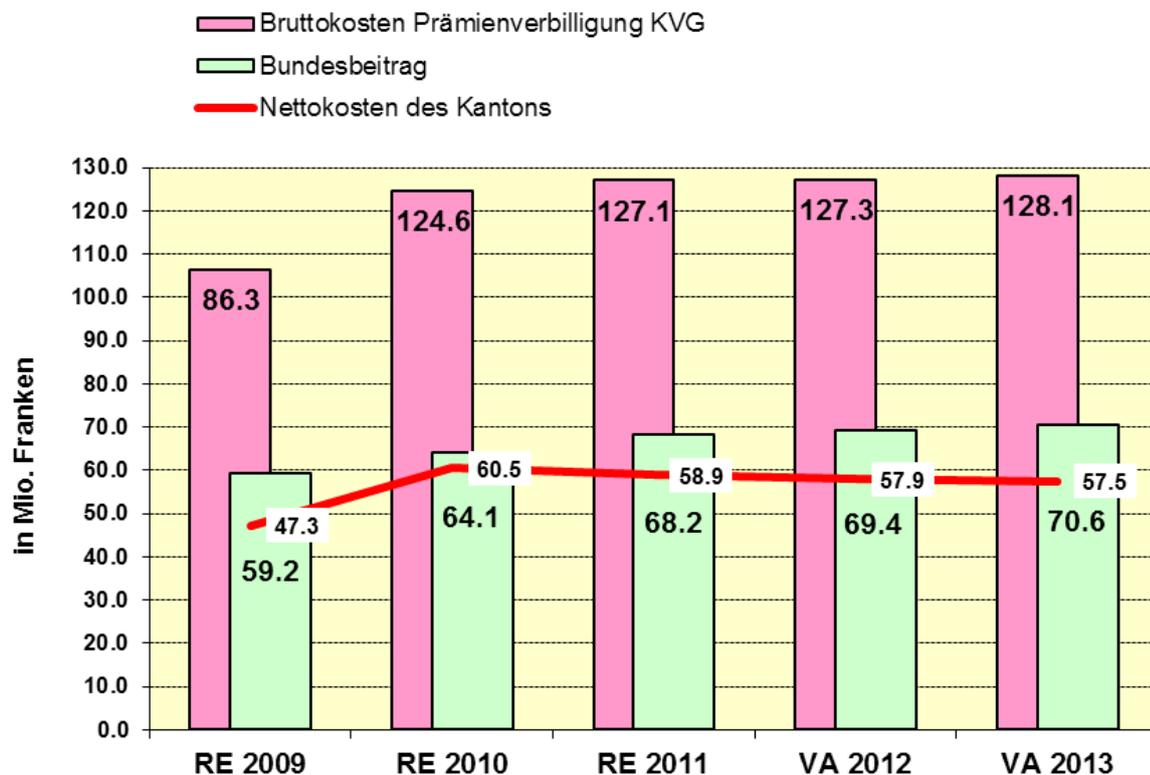
#### 4.7 Soziale Sicherheit

Die Bruttoaufwendungen für die soziale Sicherheit betragen 2013 einschliesslich Globalbudget 452,3 Mio. Fr. (Voranschlag 2012: 417,5 Mio. Fr.; Rechnung 2011: 399 Mio. Fr.). Diesen Aufwendungen stehen Erträge von 222,7 Mio. Fr. (Voranschlag 2012: 209,7 Mio. Fr.; Rechnung 2011: 214,9 Mio. Fr.) gegenüber, woraus sich eine Nettobelastung von 229,7 Mio. Fr. (Voranschlag 2012: 207,9 Mio. Fr.; Rechnung 2011: 184,1 Mio. Fr.) ergibt.

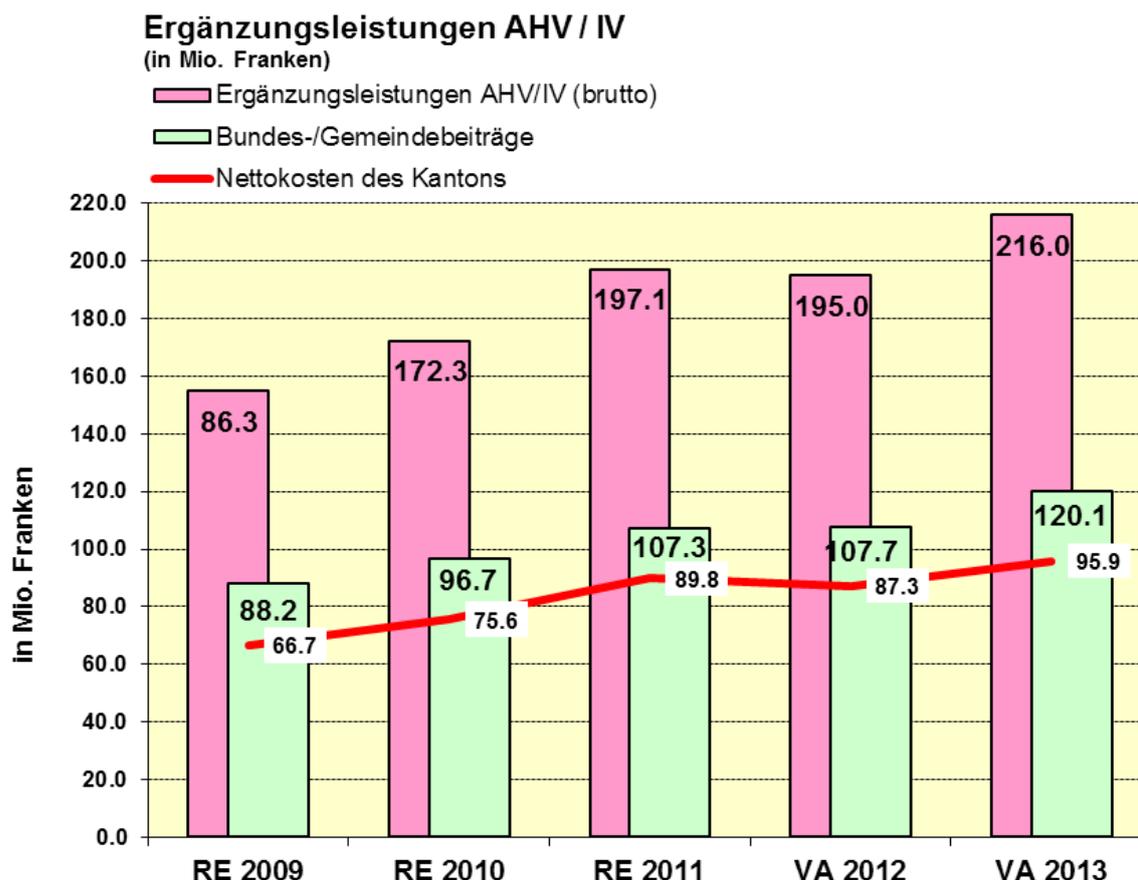
- Der Nettoaufwand für Sozialintegration und Prävention beträgt 0,6 Mio. Fr. (Voranschlag 2012: 0,6 Mio. Fr.; Rechnung 2011: 0,6 Mio. Fr.).
- Der Nettoaufwand für Sozialversicherungen und Ergänzungshilfen beträgt 220,2 Mio. Fr. (Voranschlag 2012: 198,4 Mio. Fr.; Rechnung 2011: 177,6 Mio. Fr.). Die grössten Positionen sind die Individuelle Prämienverbilligungen nach KVG und die Ergänzungsleistungen AHV und IV.

## Prämienverbilligungen nach KVG

(in Mio. Franken)



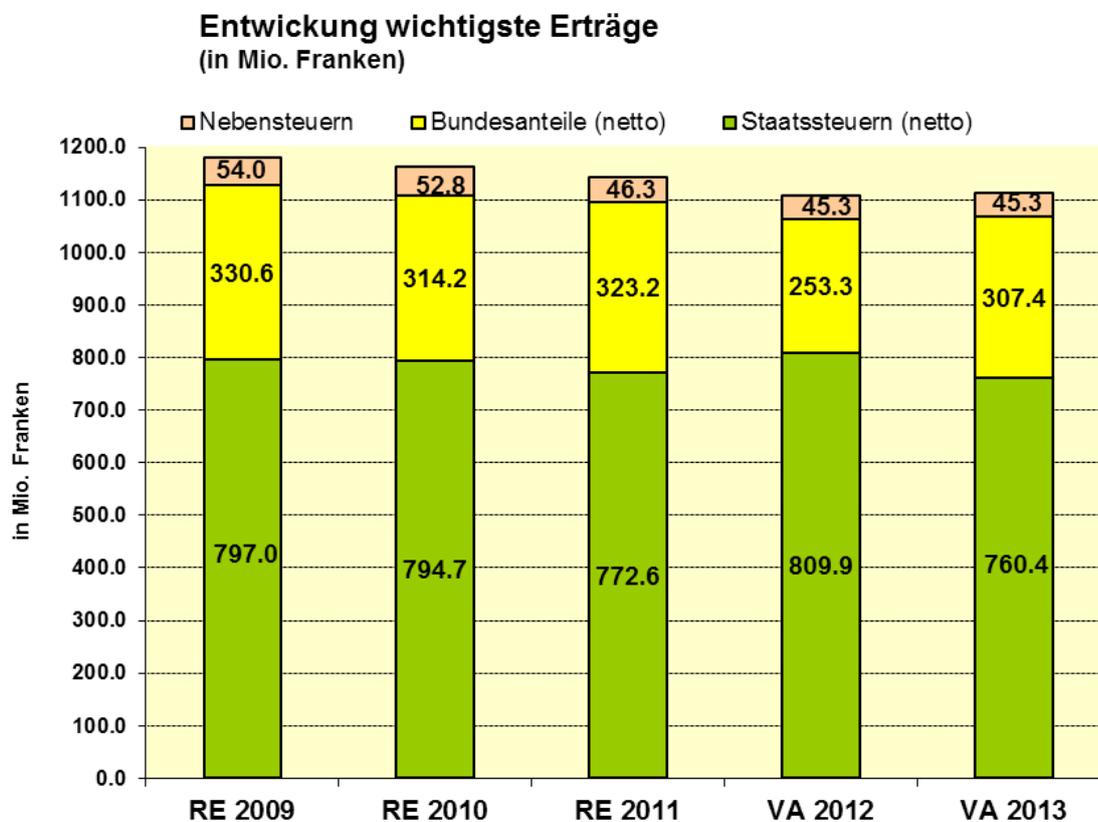
Für die Prämienverbilligung an die Versicherten gemäss KVG werden 128,1 Mio. Fr. (Voranschlag 2012: 127,3 Mio. Fr.; Rechnung 2011: 127,1 Mio. Fr.) aufgewendet. Der Bundesbeitrag an den Aufwand beträgt 70,6 Mio. Fr. (Voranschlag 2012: 69,4 Mio. Fr.; Rechnung 2011: 68,2 Mio. Fr.). Es resultiert eine Nettobelastung für den Kanton von 57,5 Mio. Fr. (Voranschlag 2012: 57,9 Mio. Fr.; Rechnung 2011: 58,9 Mio. Fr.). Die Verwaltungskosten IPV betragen 2,6 Mio. Fr.



Aus Ergänzungsleistungen zur AHV mit einem Aufwand von 97,0 Mio. Fr. zu Gunsten privater Haushalte und einem Ertrag aus Beiträgen von Bund und Einwohnergemeinden über 63,4 Mio. Fr. bleibt für den Kanton der Saldo von 33,6 Mio. Fr. (Voranschlag 2012: 28,8 Mio. Fr.; Rechnung 2011: 32,5 Mio. Fr.) zu tragen. Die Verwaltungskosten belaufen sich auf 1,0 Mio. Fr. Aus Ergänzungsleistungen zur IV mit einem Aufwand von 119 Mio. Fr. zu Gunsten privater Haushalte und einem Ertrag aus Beiträgen von Bund und Einwohnergemeinden über 56,7 Mio. Fr. bleibt für den Kanton der Saldo von 62,3 Mio. Fr. (Voranschlag 2012: 58,5 Mio. Fr.; Rechnung 2011: 57,4 Mio. Fr.) zu tragen. Die Verwaltungskosten belaufen sich auf 0,7 Mio. Fr.. An Ergänzungsleistungen für Familien ist ein Betrag über 3,8 Mio. Fr. (Voranschlag 2012: 2,0 Mio. Fr., Rechnung 2011: 1,9 Mio. Fr.) vorgesehen worden.

Das finanzielle Ergebnis der Leistungsfelder Asylsuchende, Flüchtlinge und Nothilfe im Bereich Soziale Notlagen und Sanktionen ist ausgeglichen. Alle Aufwendungen können mit dem Beitrag des Bundes gedeckt werden. Die kantonale Rechnung wird mit diesem Bereich netto nicht belastet.

## 5. Die grössten Ertragspositionen



Im Vergleich zum Voranschlag 2012 erhöhen sich die wichtigsten Erträge gesamthaft um 4,4 Mio. Fr. (Höhere Bundesanteile von 54,1 Mio. Fr. stehen rückläufigen Staatssteuern von 49,7 Mio. Fr. gegenüber). Gegenüber der Rechnung 2011 reduzieren sich die Erträge jedoch um 29,2 Mio. Fr. (hauptsächlich aufgrund der reduzierten Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank von 32,4 Mio. Fr.).

### 5.1 Bundesanteile

Die Erträge aus den Bundesanteilen werden in enger Zusammenarbeit mit der Eidgenössischen Finanzverwaltung ermittelt. Die Neuberechnung des NFA-Ressourcenausgleichs führt im Jahr 2013 zu einer Erhöhung des Anteils für den Kanton Solothurn von 31,5 Mio. Fr.. Dieser Mehrertrag ist zurückzuführen auf die Verschlechterung des Ressourcenindex des Kantons gegenüber dem Vorjahr (neu 78,8 von bisher 79,6), auf Verschiebungen im Ressourcenindex bei den anderen Kantonen sowie auf die Anpassung bei der Berechnung des Ressourcenpotenzials.

<b>Bundesanteile (in Mio. Fr.)</b>	<b>RE09</b>	<b>RE10</b>	<b>RE11</b>	<b>VA12</b>	<b>VA13</b>
Ertrag Nationalbank	54,5	54,2	53,9	-	21,5
Direkte Bundessteuer	53,9	57,4	59,8	61,0	62,0
Verrechnungssteuer	14,1	15,1	15,6	15,1	15,1
NFA – Ressourcenausgleich	211,6	190,9	197,4	180,3	211,8
NFA – Härteausgleich	- 4,1	- 4,1	- 4,1	- 4,1	- 4,0
Anteil EU-Zinsbesteuerung	0,6	0,4	0,4	0,4	0,5
Rückerstattung CO2-Abgabe	-	0,4	0,2	0,5	0,5
<b>Total</b>	<b>330,6</b>	<b>314,2</b>	<b>323,2</b>	<b>253,3</b>	<b>307,4</b>

Die Verbesserung gegenüber dem Voranschlag 2012 von 54,1 Mio. Fr. ist auf die im letzten Jahr nicht budgetierte Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank (+ 21,5 Mio. Fr.) sowie den erhöhten NFA-Ressourcenausgleichsbetrag (+ 31,5 Mio. Fr.) zurückzuführen.

Gegenüber der Rechnung 2011 führt hingegen die reduzierte Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank (- 32,4 Mio. Fr.) trotz höherem NFA-Ressourcenausgleichsbetrag (+ 14,4 Mio. Fr.) zu einem Minderertrag von gesamthaft 15,8 Mio. Fr.

## 5.2 Staatssteuerertrag

Die Berechnung des Staatssteuerertrages basiert für 2013 auf einem Steuerfuss von 104% für die natürlichen und für die juristischen Personen.

Staatssteuern (in Mio. Fr.)	VA12	VA13	Differenz	
			absolut	in %
Staatssteuer nat. Personen*/**	631,3	620,1	- 11,2	- 1,8%
Staatssteuer jur. Personen*	155,0	120,0	- 35,0	- 22,6%
Finanzausgleichsteuer	14,8	11,0	- 3,8	- 25,6%
Bussen (Strafsteuer)	1,0	1,0	-	-
Grenzgängerbesteuerung	1,5	1,6	+ 0,1	+ 6,7%
Grundstückgewinnsteuer	6,3	6,5	+ 0,2	+ 3,2%
<b>Total</b>	<b>809,9</b>	<b>760,2</b>	<b>- 49,7</b>	<b>- 6,1%</b>

\* inkl. Erträge aus Vorjahren

\*\* inkl. die separat ausgewiesenen Quellensteuern und Kapitalabfindungssteuern;VA 2012 Steuersatz 100, sonst 104

Staatssteuern (in Mio. Fr.)	RE09	RE10	RE11	VA12	VA13
Staatssteuer nat. Personen*/**	614,1	622,7	632,7	631,3	620,1
Staatssteuer jur. Personen*	161,0	149,1	115,6	155,0	120,0
Finanzausgleichsteuer	14,2	14,3	11,9	14,8	11,0
Bussen (Strafsteuer)	0,2	0,7	1,3	1,0	1,0
Grenzgängerbesteuerung	1,6	1,5	1,6	1,5	1,6
Grundstückgewinnsteuer	5,9	6,4	9,5	6,3	6,5
<b>Total</b>	<b>797,0</b>	<b>794,7</b>	<b>772,6</b>	<b>809,9</b>	<b>760,2</b>

\* inkl. Erträge aus Vorjahren

\*\* inkl. die separat ausgewiesenen Quellensteuern und Kapitalabfindungssteuern;VA 2012 Steuersatz 100, sonst 104

Bereits im laufenden Jahr zeigen sich merkliche Rückgänge bei den Steuererträgen der natürlichen Personen (nach Hochrechnung per Ende Juni rund 30 Mio. Fr.). Sowohl der Voranschlag 2012 für natürliche Personen als auch für juristische Personen wurde aufgrund der damaligen Erwartungen zu hoch angesetzt. Die Rechnung 2012 wird schlechter abschliessen als budgetiert. Im kommenden Jahr wird sich dieser Trend leider fortsetzen, was auf folgende Gründe zurückgeführt werden kann:

- Die Lockerung der Doppelbesteuerung mit der Unternehmenssteuerreform II von Dividenden hat in den letzten beiden Jahren dazu geführt, dass viele Firmeninhaber mittels einer Ausschüttung die Strukturen angepasst haben. Aus diesem Grund waren die Steuererträge 2010/11 höher als in normalen Jahren. Da diese Strukturanpassungen nun vollzogen wurden, wird der Steuerertrag entsprechend tiefer anfallen.
- Die steuerbegünstigten Energiesparmassnahmen wirken sich stärker aus als vermutet. Es gibt auch einen hohen Mitnahmeeffekt von Renovationen, die sowieso, unbesehen von der steuerlichen Begünstigung, vorgenommen werden.
- Der Mix des Steuersubstrates ist schlechter geworden. Ein Vergleich des einfachen Staatssteueraufkommens der Jahre 2010 zu 2011 zeigt einen Rückgang von 4,2 %. Dies deckt sich auch mit dem Umstand, dass der Kanton Solothurn bei der neusten Berech-

nung des Ressourcenausgleichs im Rahmen des NFA zurückgefallen ist (von 79,5 auf 78,8).

- Die steuerfreien Ausschüttungen aus Kapitalreserven sind zwar schwer bezifferbar, wirken sich aber nach den Beobachtungen des Steueramtes stärker aus als in der Botschaft zur Unternehmenssteuerreform ausgeführt worden ist (man ging damals von 4 Mio. Fr. aus).
- 2012 wurde der letzte Teil der Steuergesetzreform 2008 umgesetzt, welche u.a. eine Senkung der Vermögenssteuer von 1,5 auf 1,0 Promille vorsieht.
- Schliesslich hat im Steueramt eine realistischere Schätzmethode der Steuererträge Einzug gehalten, die eine verlässlichere Prognose ermöglicht.

Der Staatssteuerertrag der natürlichen Personen wird im 2013 trotz der Budgetierung mit einem Steuerfuss von 104% tiefer als im Vorjahr ausfallen. Die Erhöhung des Steuerfusses um 4% ergibt eine Korrektur des Steuerertrages von 22 Mio. Fr, welcher durch sinkende steuerbare Einkommen überkompensiert wird. Bei den juristischen Personen wird mit stagnierenden Steuererträgen gerechnet.

### 5.3 Nebensteuern

Gestützt auf Hochrechnungen der Zahlen des laufenden Jahres kann aus Nebensteuern für 2013 ein Ertrag von 45,3 Mio. Fr. erwartet werden. Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Erträge für die Jahre 2009 - 2013:

<b>Nebensteuern</b> (in Mio. Fr.)	<b>RE09</b>	<b>RE10</b>	<b>RE11</b>	<b>VA12</b>	<b>VA13</b>
Handänderungssteuer	35,1	32,0	25,9	25,5	25,5
Erbschaftssteuer	13,7	14,0	13,4	14,0	14,0
Nachlasssteuer	4,6	5,0	6,3	5,0	5,0
Schenkungssteuer	0,6	1,8	0,7	0,8	0,8
<b>Total</b>	<b>54,0</b>	<b>52,8</b>	<b>46,3</b>	<b>45,3</b>	<b>45,3</b>

Seit dem Rechnungsjahr 2011 werden beim Erwerb von Grundstücken, die dauernd selbst genutzt werden, keine Handänderungssteuern mehr fällig. Diese teilweise Befreiung der Handänderungssteuer wirkt sich nachhaltig auf den Ertrag aus. Der Steuerausfall beträgt jährlich rund 10 Mio. Fr.. Der erhoffte Zuzug von Personen mit hohen Einkommen konnte bisher nicht beobachtet werden.

## 6. Antrag

Wir bitten Sie, auf die Vorlage einzutreten und dem nachfolgenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Im Namen des Regierungsrates

Peter Gomm  
Landammann

Andreas Eng  
Staatsschreiber

## 7. Beschlussesentwurf

### Voranschlag 2013

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Buchstabe b und Artikel 37 Absatz 1 Buchstabe c der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986<sup>1)</sup>, §§ 20, 23 und 43 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003<sup>2)</sup>, § 5 des Steuergesetzes vom 1. Dezember 1985<sup>3)</sup>, § 128 Absatz 2 des Planungs- und Baugesetzes vom 3. Dezember 1978<sup>4)</sup>, § 24 Absatz 2 des Strassengesetzes vom 24. September 2000<sup>5)</sup>, nach Kenntnisaufnahme von Botschaft und Entwurf vom 11. September 2012 (RRB Nr. 2012/1858), beschliesst:

#### I.

1. Der Voranschlag für das Jahr 2013 der Erfolgsrechnung mit einem Aufwand von Fr. 1'985'517'193.--, einem Ertrag von Fr. 1'851'526'617.-- und einem operativen Aufwandüberschuss von Fr. 133'990'576.-- sowie die Ziele der Produktgruppen der Globalbudgets der Erfolgsrechnung werden genehmigt.
2. Der Voranschlag für das Jahr 2013 der Investitionsrechnung mit Gesamtausgaben von Fr. 200'349'000.--, Gesamteinnahmen von Fr. 62'920'992.-- und Nettoinvestitionen von Fr. 137'428'008.-- wird genehmigt.
3. Die Bruttoentnahmen aus den Spezialfinanzierungen für das Jahr 2013 von gesamthaft Fr. 133'300'350.-- werden bewilligt.
4. Im Jahre 2013 wird der Steuerfuss auf 104% der ganzen Staatssteuer festgelegt.
5. Aus dem Ertrag der 2013 eingehenden Grundstückgewinnsteuern legen der Kanton und die Gesamtheit der Einwohnergemeinden je 20 Prozent in die Spezialfinanzierung „Natur- und Heimatschutz“ ein.
6. Die Erträge des Allgemeinen Treibstoffzollanteils, der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe LSVA sowie der Globalbeitrag Hauptstrassen werden vollumfänglich der Spezialfinanzierung „Strassenbaufonds“ zugewiesen.
7. Das Eigenkapital von Spezialfinanzierungen wird nur verzinst, wenn das Gesetz eine Verzinsung ausdrücklich vorsieht.

#### II.

Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt. Der Beschluss ist im Amtsblatt zu publizieren.

Im Namen des Kantonsrates

Präsident

Ratssekretär

---

Dieser Beschluss unterliegt nicht dem Referendum.

---

<sup>1)</sup> BGS 111.1  
<sup>2)</sup> BGS 115.1  
<sup>3)</sup> BGS 614.11  
<sup>4)</sup> BGS 711.1  
<sup>5)</sup> BGS 725.11

**Verteiler KRB**

Amt für Finanzen (5)

Departemente (5)

Staatskanzlei (ENG, STU)

Amtsblatt

Parlamentscontroller

Kantonale Finanzkontrolle

Parlamentsdienste